Kommunistische Korrespondenz



herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 26 | September 1979 | 0,80 DM/Laden 1,00 DM

Verteidigt die iranische Linke!

Mullahs schreiten zur Endlösung

14. August. Der weiße Terror der Mullahs ist in die entscheidende Phase getreten. Am letzten Wochenende griffen hunderte von Chomeini-Anhängern eine Teheraner Demonstration der Nationalen Demokratischen Front und linker Organisationen mit Flaschen, Knüppeln, Messern und Pflastersteinen an und verwandelten sie in eine blutige Schlacht. Unter Rufen wie „Tudeh und Fedajin, die Revolution rechnet mit euch ab! Tod dem Kommunismus!“ stürmte der islamische Mob am Montag die Hauptquartiere der Volksfedajin und der Tudeh-Partei. Die Warnung der internationalen Spartacist Tendenz (iST), daß die Mullah-Diktatur eine tödliche Gefahr für die iranische Linke darstellt, bestätigt sich in tragischer Weise.

Bereits seit Monaten verfolgt die islamische Reaktion erbarmungslos die nationalen Minderheiten, die Frauen, die den *Tschador* nicht wollen, und die Linke. So wurden im Verlauf der erbitterten Kämpfe zwischen der arabischen Bevölkerung in der Ölprovinz Khuzistan und der Armee des persisch-chauvinistischen Chomeini-Regimes Ende Mai hunderte von Linken und Arbeitern von den rabiat antikommunistischen Imam-Komitees verhaftet und verschleppt. Unter ihnen befinden sich zahlreiche Fedajin und neun Mitglieder der Hezb-e Kagaran-e Sosialist (HKS), der iranischen Sektion des Vereinigten Sekretariats (VS) Ernest Mandels, die in ihrer Zeitung die Rechte der arabischen Minderheit verteidigt hat und wiederholt von fanatischen Moslems angegriffen worden war. Sieben weitere Mitglieder der HKS wurden am 23. Juni eingekerkert, als sie Aufrufe zur Freilassung ihrer Genossen verteilten. Das Leben dieser Militanten ist in äußerster Gefahr! Die sofortige weltweite Mobilisierung der Linken und der Arbeiterbewegung zu ihrer Verteidigung ist dringend notwendig.

Die iST hat in den USA, in Britannien, in Westdeutschland, in Australien, in Frankreich und in Schweden Solidaritätsaktionen für die HKS und die Fedajin organisiert oder an solchen Aktionen teilgenommen. Aber das VS ist bereit, die eigenen Genossen für seine opportunistischen Gelüste zu opfern und sabotiert in kriminell sektiererischer Weise eine erfolgreiche Verteidigung. Die amerikanische Socialist Workers Party (SWP) hat den Treueschwur auf dieselbe „Iranische Revolution“, die heute die Gewehre auf die Köpfe ihrer Genossen richtet, zur Voraussetzung der Verteidigung gemacht. In New York wurde beispielsweise die Teilnahme der SL/U.S. an einer von der SWP initiierten Demonstration von einer fünfzig Mann starken Truppe verhindert. In Australien löste die dortige SWP eher ihre eigene Demonstration auf als den Spartacists die Teilnahme zu gestatten, und an der La Trobe University in Melbourne stimmten sie *gegen* eine von uns erfolgreich eingebrachte Resolution zur Verteidigung ihrer eigenen Genossen. Auch Mitglieder der Gruppe Internationale Marxisten (GIM) erklärten uns, eine Aktionseinheit mit der TLD sei solange unmöglich, wie wir die Forderung „Nieder mit den Mullahs“ erheben.

Aber der Kniefall vor Chomeini wird die bedrohten Linken in Iran - weder HKS, Fedajin, noch Tudeh - vor dem Terror der Mullahs retten. Eine erfolgreiche Verteidigung ist nur im Kampf für die unabhängige Mobilisierung des Proletariats *gegen* die islamische Reaktion möglich. Für eine Arbeiterrevolution in Iran!

- **Verteidigt die Linke, die nationalen Minderheiten und die Frauen!**
- **Freiheit für alle linken Gefangenen in Iran!**
- **Nieder mit den Mullahs!**
- **Schluß mit der Verfolgung der CISNU in Westdeutschland!**

Warum sie die islamische Reaktion unterstützten . . . . Seite 4

„Rock gegen Rechts“- Ruck nach rechts

Einhellig feiert die westdeutsche Linke das Frankfurter antifaschistische Desaster vom 16. Juni als einen „schönen Sieg“. Einer neuen Massenbewegung sei es zu verdanken, daß die NPD Frankfurt nicht zur „freien Stadt“ hat erklären können und die Nazis nicht marschiert sind. Was die Linke benebelt als einen geschichtemachenden Erfolg postuliert, ist ein Scheinsieg. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist eine Manifestation *der* Massenorganisation der westdeutschen Arbeiterklasse, der Gewerkschaften, verboten worden, – was von den Gewerkschaftsbürokraten praktisch widerstandslos hingenommen wurde. Zudem hat sich der bürgerliche Staat dank des „linken“ antifaschistischen Sumpfes als Inkarnation „flexibler Demokratie“ profilieren können – den Knüppel brauchte die Polizei diesmal nicht. Dieser Tag war in Wirklichkeit ein*t Niederlage* für die Arbeiterbewegung.

Was da am 16. Juni ziellos durch die Frankfurter Innenstadt „spazierenging“, waren alles andere als effektive, disziplinierte Blocks von Gewerkschaftern und Linken, die den Faschisten entschieden entgegengetreten wären und die Propaganda über die „Unparteilichkeit“ des bürgerlichen Staates als bloße Mär erkannt hätten. Nein, das war ein Sammelsurium linker Opportunisten, vom Kommunistischen Bund (KB), dem Sozialistischen Büro (SB), der Gruppe Internationale Marxisten (GIM) bis hin zu Jusos, Grünen, Katholischer Jugend und Jungdemokraten reichend, die die Faschisten „in Rock ertränken“ wollten und im übrigen „wenig Lust“ hatten, „sich durch die Nazis den Abend versauen zu lassen“ *(Arbeiterkampf* Nr. 155, 11. Juni).

„Küßt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“

Die die „Massen“ des Rock-gegen-Rechts-Festivals bildenden Spontis präsentierten der Linken in diesem Jahr ein Novum: den sogenannten neuen ‚Antifaschismus. Die prominente Parole „Küßt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ war nicht ein makabrer Witz. Die Scene um den „roten“ Danny verkennt mit ihrer Forderung nach demokratischen Rechten für Faschisten nicht nur die wahre Natur des braunen Packs, dessen Ausübung „freien Rederechts“ auf die Zerschlagung der linken und Arbeiterbewegung abzielt; das Aufwärmen der Rot=Braun-Theorie aus dem Kalten Krieg (Originalton Cohn-Bendit: „.. .ich habe die gleiche emotionale Reaktion Faschisten gegenüber wie den Stalinisten, ich mach' da keinen Unterschied...“) illustriert auch den Niedergang der Neuen Linken, die mit voluntaristischen, fehlgeleiteten, aber revolutionären Impulsen wie dem Kampf gegen den imperialistischen Krieg der USA in Vietnam begann und in krudem Antikommunismus endete.

Der SPD-Polizeipräsident Müller, der noch vor einem Jahr am 17. Juni hunderte Nazigegner zusammenschlagen ließ und dieses Jahr Frankfurt mit Hilfe von 5 000 aus dem gesamten Bundesgebiet zusammengezogenen Bereitschaftspolizisten und Bundesgrenzschutzeinheiten samt Panzerwagen in eine belagerte Stadt versetzte, war's angesichts eines solch famosen Gegners zufrieden. „Die Polizei hat nichts gegen Spaziergänger...“, verkündete er und ließ mehrere zehntausend Linke und Grüne ins Leere laufen. Wozu den Knüppel ziehen, wenn die Linke ihren „antifaschistischen“ Kampf *selbst* durch ein demobilisierendes Rock-Festival desorganisiert? Warum nicht „Gegenkultur“-Fetischisten „an der langen Leine“ *(Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18. Juni) hemmirren zu lassen, wenn die Ordnung auch so aufrechterhalten werden kann. Die Zusammenarbeit zwischen Rock gegen Rechts und Ordnungshütern funktionierte so gut. daß man sich später gegenseitig auf die Schulter klopfte. Demonstrationsteilnehmer bedankten sich bei der Polizei für deren „besonnenes Verhalten“ – das bei nächstbester Gelegenheit wieder die Form von Knüppelorgien annehmen kann – und „Schupo-Chef Horst Vogel spendete seinerseits dem Aktionsbündnis ‚uneingeschränktes Lob für kooperatives Zusammenwirken“' *(Frankfurter Rundschau*, 18. Juni).

Die Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD) hatte schon Wochen vor dem 16. Juni auf Veranstaltungen, als Beobachter bei Rock-gegen-Rechts-Treffen (bis zum Ausschluß der TLD) und auf dem Campus dieses Bündnis als ein bewußtes *Ablenkungsmanöver* vom Kampf gegen die Nazis denunziert, das in seinem Bestreben „nach einer wirklich demokratischen Gesellschaft“ *(Arbeiterkampf* Nr. 153, 14. Mai) seine vornehmste Aufgabe darin erblickte, „einen massiven öffentlichen Druck auf die Frankfurter Stadtverwaltung auszuüben“ (Nr. 154, 28. Mai), um vom bürgerlichen Staat das Faschistentreffen verbieten zu lassen, „friedliches“ Vorgehen zum Prinzip erklärte und der Verratspolitik der DGB-Bonzen einen Persilschein ausstellte. Mit gemeinsamer *Aktion* gegen die Faschisten hatte dieses ‚Aktionsbündnis“ nichts zu tun. Es war eine Allianz zwischen reformistischen und zentristischen Bankrotteuren auf der einen und bürgerlichen Organisationen (wie den Jungdemokraten) auf der anderen Seite zwecks gemeinsamer Propaganda für eine „saubere“ Demokratie ohne Nazis. In der Tat der Kern einer ..hübschen Volksfront“, wie der *Arbeiterkampf* (Nr. 155. 11. Juni) schreibt. Bereits im letzten Jahr, als das Bündnis ..aller Demokraten“ noch nicht derartige Ausmaße angenommen hatte, erklärte die TLD:

> „Dieses Konzept des antifaschistischen Kampfes durch Bildung von Volksfrontbündnissen ist nicht neu. Die Arbeiterklasse soll auf Gedeih und Verderb an den Leichnam der bürgerlichen Demokratie gekettet werden, die nichts stärker fürchtet, als die unabhängige Mobilisierung des Proletariats“ *(Kommunistische Korrespondenz* Nr. 22. Juli 1978).

Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS.
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 6000 Frankfurt 70

Anschrift: Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen
Punkten der Auffassung der Redaktion.

Von der Forderung nach dem Rücktritt des CDU-Oberbürgermeisters Wallmann, der gleichermaßen NPD-und DGB- Kundgebungen verboten hatte, bis hin zur Kampagne „Stoppt Strauß“ ist Rock gegen Rechts Ausdruck einer rapid degenerierenden Linken, die sich in ihren Rucks nach rechts nicht anders zu helfen weiß, als potentielle junge Revolutionäre in den Schoß der Sozialdemokratie zu führen. In



16./17. Juni: Ein Sieg für den bürgerlichen Staat

den Schoß einer bürgerlichen Arbeiterpartei, die *ihre* Rolle in der Repression am 16. Juni und beim Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse durch demagogische Forderungen nach Wallmanns Rücktritt und einer Anti-Strauß-Kampagne nur schlecht verbergen kann. Das hindert die Linke nicht, sich allmählich auf eine „Wählt-das-kleinere-Übel“- Politik auszurichten.

Proletarische Verteidigungsgruppen gegen das Nazipack!

Es gilt, das Nazipack zu *zerschlagen.* Dazu ist allein die organisierte Arbeiterbewegung fähig. Ein paar tausend in gewerkschaftlichen Verteidigungsgruppen organisierte Opel- und Hoechstarbeiter, und die Faschisten hätten recht schnell mit dem Straßenpflaster Bekanntschaft gemacht. *Ohne* diese proletarische Mobilisierung werden sie sich von einem Verbot nicht beirren lassen und es wird im nächsten Jahr nicht bei einem Bombenanschlag auf das sowjetische Aeroflot-Büro bleiben.

Aber ob im Streik oder im Kampf gegen die Braunhemden, die DGB-Bürokratie will um jeden Preis eine unabhängige Mobilisierung ihrer Mitgliedschaft vermeiden. So kapitulierte sie dann auch am 16. Juni in krimineller Weise vor dem Wallmann-Verbot und reagierte den ganzen Tag hindurch auf Anfragen, was der DGB denn gegen diesen beispiellosen Angriff des Staatsapparats zu tun gedenke, lediglich mit der Bemerkung: „Wir warten den Verwaltungsgerichtsbescheid ab“. Am Abend schließlich schickte sie ihre wenigen hundert in Bussen angereisten Mitglieder zum gewerkschaftsfeindlichen Sumpf des Rock-gegen-Rechts-Festivals, froh, dies als Alibi für ihr eigenes Nichtstun benutzen zu können. Dort tönte der DGB-Landesvorsitzende Richert: „Wir erwarten vom Oberbürgermeister, bevor er seinen Rücktritt erklärt, eine Entschuldigung bei der gesamten Arbeitnehmerschaft“. Für *Metall* war Wallmanns Verbot der DGB- Kundgebung ein erneuter Bbeweis dafür, mit welchen Mitteln man einen Rechtsstaat ruinieren kann“. Schamhaft versucht das Organ der IG Metall die Beteiligung der *SPD* an der Repression gegen die Gewerkschaften zu bemänteln: sie spricht von „Polizeipräsident Knut Müller, *der Sozialdemokrat* und Mitbefürworter des DGB-Auftrittverbots *sein soll*“ (! - Hervorhebung von uns). Und für diese bankrotte Politik findet der KB auch noch lobende Worte, das Auftreten des DGB am 16. Juni würde – im positiven Sinne – „nach seinesgleichen“ suchen! Der Kampf gegen Faschisten und für den Rauswurf der bewaffneten Streikbrecher und Nazi Beschützer, der Polizei, aus dem DGB kann nur durch eine Mobilisierung gegen die Gewerkschaftsbürokraten und ihre „linken“ Helfershelfer, nur unter der Führung der revolutionären Avantgarde erfolgreich sein.

„Antifaschistische Aktionseinheit“: kopfloses Abenteurertum

Gegenüber dem Ablenkungsmanöver Rock gegen Rechts erwies sich eine "linke“ Antifaschistische Aktionseinheit um keinen Deut besser. Zusätzlich zur Beteiligung am Rock-Festival beabsichtigten Reformisten und Zentristen der Sozialistischen Arbeitergruppe (SAG), des Spartacusbundes, der Kommunistischen Liga usw. mit einer Handvoll in einer abenteuerlichen Aktion gegen die polizeistarrende „Mainlinie“, auf deren anderen Seite sich die Faschisten sammeln wollten, anzurennen. Am 16. Juni selber war diesen Großmäulern offensichtlich das Herz in die Hose gerutscht; der Propagandablock löste sich auf, um sich den Rock-gegen-Rechts- Spaziergängern anzuschließen. Die SAG ging soweit, das Verbot des NPD-Aufmarsches durch den bürgerlichen Staat als einen „Sieg“ zu bezeichnen.

Der Spartacusbund, trotz Dementi, „sich nicht vor den RgR-Karren“ spannen lassen zu wollen, unterstützte die als „Sternmärsche“ titulierten Irrläufe durch die Frankfurter Innenstadt und feierte diese trotz vielen Wenn und Abers als „die größte antifaschistische Demonstration nach dem Krieg“ {*Spartacus*-Extra, 29. Juni). Der TLD wirft er in diesem jede Fußbewegung vom 16. Juni analysierenden Pamphlet vor, sie sei nicht in der Lage gewesen, „auch nur einen *einzigen* konkreten Vorschlag machen zu können“ und wolle den Kampf gegen die Faschisten auf die proletarische Revolution vertagen. Nun, unsere Aufgabe ist es nicht, dem Spartacusbund Ratschläge zu erteilen genausowenig wie der „notwendigen Massensponatnität (sic!) einen organisierten Rahmen zu schaffen“. „Bewaffnet mit dem ewig gültigen Programm der IV. Internationale“ (welche Ironie!) verschieben wir diesen Kampf nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag – die internationale Spartacist Tendenz kann hier auf eine recht stolze Tradition verweisen –, sondern trachten nach dem Aufbau kommunistischer Fraktionen im DGB, die eine *erfolgreiche* Mobilisierung der Gewerkschaften gegen das braune Gesindel zu organisieren vermögen. Die vom Spartacusbund propagierte „konkrete“ neulinke Abenteuerpolitik und die von ihm gleichzeitig unterstützte Politik des Rock-gegen-Rechts-Bündnisses hat an diesem 16./17. Juni hingegen erneut Schiffbruch erlitten.

Keinen Fußbreit den Faschisten! Der 17. Juni gehört nicht dem braunen Pack, er symbolisiert den proletarischen Kampf für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands, für die soziale Revolution im Westen und die politische Revolution im Osten!

Kontaktadressen der TLD

Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Postfach 11 06 47,1000 Berlin 11

Iran und die Linke

WARUM SIE DIE ISLAMISCHE REAKTION UNTERSTÜTZTEN

In einer Hinsicht ist es heute sehr einfach, gegen solche Linke - vor allem vorgebliche Trotzkisten – zu polemisieren, die die islamische Opposition gegen den Schah unterstützt haben. Wir sagten: wenn Chomeini an die Macht kommt, wird er versuchen, den Schleier wieder einzuführen, erneut barbarische Strafen (wie Auspeitschungen, Amputationen) zu praktizieren, die nationalen Minderheiten zu unterdrücken und die Linke und die Arbeiterbewegung genauso unbarmherzig zu zerschlagen, wie es der Schah getan hat. „Imperialistische Propaganda", riefen sie, „Chomeini führt einen großen, fortschrittlichen Kampf!" So klagte eine selbsternannte trotzkistische Gruppe in England:

> „Die Spartacists erheben eine Menge Beschuldigungen gegen die von den Mullahs geführte Opposition und charakterisieren daraus folgend die Bewegung als eine der klerikalen Reaktion'. Ein Teil dieser Beschuldigungen ist eine kritiklose Wiederholung des chauvinistischen Blödsinns, von dem die amerikanische Presse während des ganzen Herbstes voll war. Sie behaupten, die Mullahs wollten den Iran ins siebte Jahrhundert zurückführen... Sie wollen grausame Bestrafungen nach dem islamischen Gesetz einführen; Steinigungen, öffentliches Hängen und Auspeitschen usw. Sie wollen das Schleiertragen erzwingen, und die Rechte, die der Schah den Frauen gegeben hat, wieder rückgängig machen ..." *(Workers Power,* Februar 1979).

Mittlerweile beweist jede kleinste Nachricht aus Iran, daß die internationale Spartacist Tendenz (iST) offensichtlich, unbestreitbar, hundertprozentig Recht hatte. Die Straßen Teherans sind voll mit dem Wehklagen derer – von den liberalen Frauen der Mittelschicht bis hin zu guevaristischen Guerilleros –, die behaupten, von Chomeinis Revolution betrogen worden zu sein. Tragischerweise ging die Stimme der Revolutionäre, die vor den reaktionären, klerikalen Zielen der Mullahs warnten, unter im Geschrei der Opportunisten, die Lobgesänge auf den „antikapitalistischen" Ajatollah sangen. Die iranischen Massen sind es, die den Preis bezahlen werden.

Leider sind unsere Hauptgegner hier und in Europa so zynisch und so weit entfernt von den unmittelbaren Folgen ihrer Unterstützung für die „Revolution" der Mullahs, daß sie ihre Position nicht widerrufen werden. Sie werden ihre Unterstützung für Chomeini verschleiern der vielleicht leugnen, oder aber sorgfältige Etappentheorien austüfteln, um diese Unterstützung zu rechtfertigen. Einige subjektiv revolutionäre Elemente mögen jedoch schon genug schockiert sein durch den Anblick von Chomeinis Hilfssheriffs, die gegen den Schleier protestierende Frauen niederschießen, und werden vielleicht ihre Solidarität mit der Opposition der Mullahs gegen den Schah überdenken. Aber solange solche Linke nicht mit *der antimarxistischen Methodologie* brechen, die sie dazu brachte, die islamische Reaktion in Iran zu unterstützen, werden sie damit enden, morgen den Chomeinis von Ägypten oder Indien oder Indonesien ihre Unterstützung zu geben.

Gegen die methodologischen Argumente der für Chomeini eintretenden linken Gruppen zu polemisieren, ist insofern nicht allzu leicht, als sie überhaupt keine vorzuweisen haben. Daß Chomeini die Massen auf die Straße führt, wird als Anfang und Ende aller Argumente vorgebracht. In einer Konfrontation mit Mitgliedern der Spartacist League auf einem Forum am 4. März in New York rief der Führer der Socialist Workers Party (SWP), Barry Sheppard: „Revolutionäre waren mit Chomeini und dieser Revolution, waren mit den Massen auf der Straße gegen die Monarchie. Nur Konterrevolutionäre würden



Fedajin-Sprecher an der Teheraner Universität forderte Beteiligung an Bazargan-Regierung



vor diesem Kampf ausweichen ...“.

„Ist es nur populär, lauf hinterher“ scheint das Motto dieser eingefleischten Nachtrabpolitiker zu sein, deren Instinkte eher Lemmingen entsprechen als dem Leninismus. Solche „Argumente“ erlauben weder eine ernsthafte politische Antwort, noch verdienen sie eine.

Eine partielle – sehr partielle – Ausnahme zu der theoretischen Nichtigkeit dieser Pro-Chomeini-‚Marxisten“ macht die kleine britische zentristische Workers Power Gruppe. Ihre Polemiken gegen uns über Iran brachten einige Argumente hervor, die über das schamlose Hinterherrennen hinter den Massen hinausgehen, obgleich dies auch in ihrem Fall die zugrundeliegende Motivation ist. Vielleicht belegt dies alles weniger die politische Ernsthaftigkeit von Workers Power als vielmehr ihre wenig beneidenswerte Position im Spektrum des englischen vorgeblichen Trotzkismus. Als kleine, national begrenzte zentristische Formation findet Workers Power die britische Sektion der iST als ernsthaften Konkurrenten links von sich vor. Solange Workers Power die Spartacist League/ Britain nicht als hoffnungslose ultralinke Sektierer diskreditieren kann, kann sie nicht damit rechnen, eine Anziehung auf nach links gehende Elemente der pabloistischen International Marxist Group, der workeristisch-reformistischen Socialist Workers Party von Tony Cliff usw. auszuüben. Dennoch liefern die nicht außerordentlich kohärenten Polemiken von

Übersetzt nach *Workers Vanguard* Nr. 229, 13. April 1979

Workers Power einen nützlichen Hintergrund, um solche vorgeblich trotzkistischen Gruppen anzugreifen, die die Mullahs gegen den Schah unterstützten.

In einem kritischen Kommentar zu Bucharins Schriften bestand Antonio Gramsci darauf, daß marxistische Polemiker die stärksten und nicht die schwächsten Argumente ihrer Gegner widerlegen müssen. Beim Versuch, Gramscis Gebot durchzuführen, sind wir gezwungen, den Iran-Positionen unserer reformistischen und zentristischen Opponenten solch eine theoretische Kohärenz zu geben, die sie in Wirklichkeit nicht besitzen.

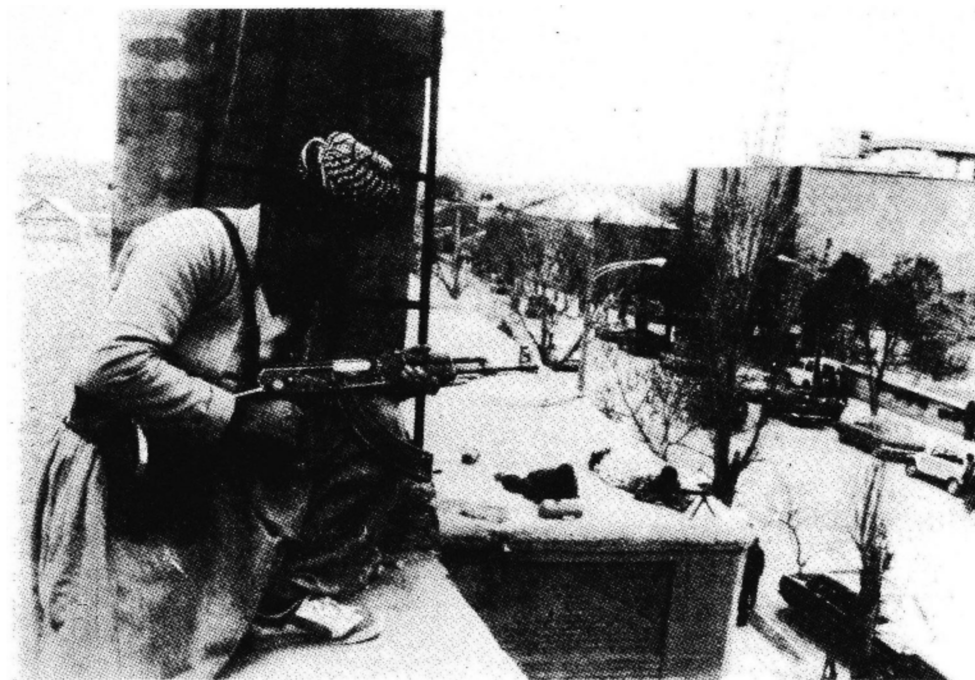
Die islamische Opposition – eine reaktionäre Massenbewegung

In den letzten Wochen vor dem Sturz des blutigen Schah-Regimes scharten sich alle Kräfte der Opposition gegen die Monarchie, einschließlich des organisierten Proletariats und der Linken, um Chomeini. Aber den Kern von Chomeinis Bewegung bildeten die Mullahs (der 180 000 Mann starke schiitische moslemische Klerus) und die Basaris, die traditionelle Händlerklasse, deren Existenz durch die Modernisierung des Landes untergraben wurde. Diese traditionelle soziale Schicht ist durch die ökonomischen Fortschritte zum Untergang verurteilt und so natürlich anfällig für reaktionäre Ideologie und ihre politischen Ausdrucksformen.

Für Opportunisten ist es undenkbar, daß es eine reaktionäre Massenmobilisierung gegen ein reaktionäres Regime geben kann. Aber die Geschichte liefert uns Beispiele von reaktionären Massenbewegungen. Adolf Hitler organisierte fraglos eine Massenbewegung, die die Weimarer Republik stürzte. In den Vereinigten Staaten war der Ku Klux Klan in den zwanziger Jahren eine dynamisch anwachsende Organisation, die fähig war, Zehn tausende von Aktivisten auf die Straße zu bringen.

Die Erfahrung des deutschen Faschismus hat eine zu erschütternde Auswirkung auf die Erinnerung der Linken gehabt, um unsere reformistisch-zentristischen Opponenten die Möglichkeit einer auf dem Kleinbürgertum basierenden reaktionären Massenbewegung leugnen zu lassen. Aber, so argumentieren sie, in rückständigen, halb-kolonialen Ländern wie Iran ist es anders. Workers Power schreibt in ihrer Polemik gegen uns:

> „In Lenins Begriffen ist der Iran eine *Halbkolonie.* Die Massen kämpfen trotz aller Illusionen gegen den Imperialismus. Wenn das VS (das revisionistische Vereinigte Sekretariat der Vierten Internationale) hieraus die Schlußfolgerung



Kurden im Kampf gegen Chomeini-Truppen. Der Iran der Mullahs ist wie der Iran des Schah ein Völkergefängnis für die nationalen Minderheiten

zieht, daß (die) Arbeiterklasse sich den Mullahs einfach anschließen kann, wenn sie es ablehnen, die zentrale Notwendigkeit der Unabhängigkeit der Arbeiterklasse und der proletarischen Führung zu betonen, dann stellen die Spartacists dies auf den Kopf. Die Mullahs sind ganz einfach reaktionär – *identisch* mit reaktionären kleinbürgerlichen Bewegungen in *imperialistischen* Ländern wie den Poujadisten in Frankreich" (Hervorhebung im Original; „Opportunists and Sectarians on Iran", *Workers Power*, Februar 1979).

Gemäß unseren reformistischen und zentristischen Opponenten läutert die imperialistische Vorherrschaft die kleinbürgerlichen Massen in den unterdrückten, rückständigen Ländern und macht sie immun gegen reaktionäre Mobilisierungen. Die Kleinkrämer und Lumpenproletarier Deutschlands oder Frankreichs können manchmal schlimme Sachen tun, aber nicht so ihre iranischen oder indischen Pendants. Auch wir sehen, daß es große Unterschiede in der gesellschaftlichen Lage zwischen dem Deutschland von Weimar und dem Iran des Schah gibt. Doch zum Rußland des frühen zwanzigsten Jahrhunderts gibt es die nicht. Als extremes Beispiel der kombinierten und ungleichen Entwicklung ähnelt kein Land der heutigen Welt so sehr dem Rußland, welches die bolschewistische Revolution hervorrief, wie Iran.

Eines der zentralen Elemente der Doktrin des Bolschewismus war es, daß das Proletariat die *einzige* konsequent demokratische Klasse im zaristischen Rußland darstellte. Die kleinbürgerlichen Massen, einschließlich der Bauernschaft, konnten potentiell von antidemokratischen, antiproletarischen Bewegungen vereinnahmt werden. Dies war eine der wichtigsten Differenzen innerhalb der Iskra-Gruppe von 1900-1903, eine Differenz, die ihre Schatten auf die spätere Spaltung der Bolschewiki mit den Menschewiki warf. Lenin wandte sich entschieden gegen die Feststellung Plechanows im Parteiprogrammentwurf, daß das Proletariat im aktuellen politischen Leben der „führende Repräsentant" des Kleinbürgertums sei. Er hielt fest:

> „Eine Verschärfung des Kampfes erfolgt natürlich auch bei den Kleinproduzenten. Aber ihr ¿Kampf' richtet sich *sehr* oft *gegen* das Proletariat, denn die Interessen des Kleinproduzenten geraten schon auf Grund seiner Lage in sehr vielem in einen *scharfen Gegensatz* zu den Interessen des Proletariats. Allgemein gesprochen *ist* das Proletariat *überhaupt nicht* der ‚führende Vertreter' des Kleinbürgertums ... Der führende Vertreter des Kleinproduzenten *von heute*, der .seinen eigenen Standpunkt noch nicht verlassen hat, ist sehr oft der Antisemit und der Agrarier, der Nationalist und der Volkstümler, der Sozialreformer und der .Kritiker des Marxismus',„ (Hervorhebung im Original; „Bemerkungen zum zweiten Programmentwurf Plechanows", Februar/März 1902).

Lenins Unnachgiebigkeit in dem Punkt, daß die russischen kleinbürgerlichen Massen sowohl für reaktionäre als auch revolutionär-demokratische Bewegungen mobilisiert werden könnten, war keine nur theoretische Spekulation, sondern fand ihren lebendigen Ausdruck in den Schwarzen Hundertschaften. Bei einem Treffen der Komintern im Jahre 1923 verglich Sinowjew die Schwarzen Hundert mit dem deutschen Faschismus.

> „Es gab bei uns seinerzeit eine starke, stockreaktionäre Bewegung, die wir .Schwarze Hundert' nannten. Sie stellte, im Grunde genommen, einen russischen Faschismus dar, der sich geschickt sozialer Demagogie bediente. Die ‚Schwarze-Hundert'-Bewegung ist von den Monarchisten ausgegangen und war eine Stütze der Monarchie. Sie hatte ihre Abteilungen fast in jedem Dorfe, jeder Stadt. All die kleinen Leute, die Hauswächter, Dienstboten usw. gingen mit ihnen. Diese Bewegung nützte für ihre Zwecke teilweise auch religiöse Gegensätze aus. In gewissem Sinne war es eine Volksbewegung, und zwar eine Volksbewegung, die sich unter dem Deckmantel demagogischer Judenhetze breiter Schichten zu bemächtigen verstand. Es war eine große Bewegung, die nicht nur die Grundbesitzer, nicht nur den Adel, sondern auch Tausende kleinbürgerlicher Elemente mit sich riß und weit eher eine Massenpartei darstellte, als die Miljukow-Partei" *{DieInternationale,* Bd. 5).

Es ist wahr, daß die Schwarzen Hundertschaften die Autokratie bis zum bitteren Ende unterstützten, während die deutschen und italienischen Faschisten dafür kämpften, die Staatsmacht in die eigenen Hände zu bekommen. Es war aber historisch für die Bewegung der Schwarzen Hundert möglich, mit dem Zar zu brechen und im eigenen Namen

um die Staatsmacht zu kämpfen – unter Ausnutzung nationalistisch-populistischer Demagogie. Hätte eine solche Entwicklung im vorrevolutionären Rußland ihren Gang genommen, hätte ohne Zweifel zumindest ein Teil der Menschewiki die Einheit mit den Schwarzen Hundertschaften im „Kampf gegen die Autokratie“ gesucht (wie es ihre zeitgenössischen Ebenbilder mit Chomeini getan haben).

Man muß nicht auf die Bewegung der Schwarzen Hundert zurückgreifen, um eine reaktionäre Massenbewegung in einem rückständigen, halbkolonialen Land zu finden, die analog zu der von Chomeini ist. Sehen wir uns das Indonesien von 1965 an. Die politische Reaktion, die den bürgerlich-nationalistischen Sukarno stürzte und die Kommunistische Partei ausrottete (damals die größte der Welt, die nicht die Staatsmacht in den Händen hatte), war nicht einfach ein Militärputsch. Die Ermordung von einer *halben Million* Kommunisten und linken Arbeitern und Bauern (ebenso wie vieler Hindus) wurde hauptsächlich von kleinbürgerlichen, islamischen Fanatikern getragen, die von Mullahs geführt wurden.

Eine „anti-imperialistische“ bürgerliche Revolution?

Da es nicht so einfach ist, Chomeini als einen bürgerlichen Demokraten zu zeichnen (Heinrich VIII oder Peter der Große hätten ihn als Reaktionär angesehen),heißt das favorisierte linke Adjektiv für ihn „anti-imperialistisch“. Dieser nichtssagende Begriff ist das Kodewort für Klassenkollaboration in Asien, Afrika und Lateinamerika. Man versucht uns weiszumachen, daß die ganzen Völker der kolonialen und halbkolonialen Länder – mit der Ausnahme einer Handvoll von Verrätern und ausländischen Agenten (wie der Schah) – durch die imperialistische Herrschaft revolutioniert worden sind. Hier sind die kleinbürgerlichen Massen immer progressiv, ja sogar ein Teil der Bourgeoisie ist progressiv (d.h. „antiimperialistisch“). Wahrlich, die imperialistische Herrschaft adelt alle sozialen Klassen in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Der Gedanke einer alle Klassen umfassenden Einheit gegen den Imperialismus findet seinen Ausdruck zum Beispiel in der fiktiven Vorstellung der „arabischen Revolution“. Hier haben wir eine das gesamte Volk einschließende Revolution, die sich über Jahrzehnte hinweg und über viele Länder hin erstreckt; eine Revolution, die *nicht* darauf gerichtet ist, die existierenden arabischen Regierungen und herrschenden Klassen zu stürzen, sondern sich extern gegen die USA und Israel wendet.

Als Leninisten erkennen wir durchaus, daß die entwickelten kapitalistischen Länder, vor allem die USA, rückständige Länder wie Iran beherrschen, unterdrücken und ausbeuten. Diese fundamentale historische Tatsache verlangt von uns ein besonderes Programm, eine Strategie und Taktik für proletarische Revolutionäre in der kolonialen Welt. In diesen Ländern ist der Kampf für demokratische Rechte und gegen feudale Reaktion unlösbar verbunden mit dem Kampf gegen Fremdherrschaft. Volksbewegungen gegen inländische Reaktion und imperialistische Herrschaft werden oftmals von bürgerlichen Nationalisten angeführt.

Die besonderen Probleme der proletarischen revolutionären Strategie und Taktik in rückständigen Ländern wurden zuerst auf dem Zweiten Weltkongreß der Komintern Im Juli/August 1920 aufgeworfen. Hier wurde festgelegt, daß die kommunistische Avantgarde manchmal „revolutionäre bürgerlich-nationalistische Bewegungen“ unterstützen Allianzen mit ihnen suchen sollte. Aber es wurde eine wesentliche *Bedingung* erhoben, an die solch eine Unterstützung geknüpft wurde. In seinem Bericht der Kommission für die nationale und koloniale Frage insistierte Lenin:

„Zwischen der Bourgeoisie der ausbeutenden Länder und jener der kolonialen Länder ist eine gewisse *Annäherung* erfolgt, so daß die Bourgeoisie der unterdrückten Länder sehr oft – ja sogar in den meisten Fällen – zwar die nationalen Bewegungen unterstützt, aber gleichzeitig im Einvernehmen mit der imperialistischen Bourgeoisie, d. h. zusammen mit ihr, alle revolutionären Bewegungen und revolutionären Klassen bekämpft. In der Kommission ist das unwiderleglich bewiesen worden, und wir haben es deswegen für das einzig Richtige gehalten, diesen Unterschied zu berücksichtigen und fast überall den Ausdruck .bürgerlich-demokratisch' durch den Ausdruck Rational-revolutionär' zu ersetzen. Der Sinn dieser Änderung besteht darin, daß wir als Kommunisten die bürgerlichen Befreiungsbewegungen *nur dann* unterstützen müssen und werden, wenn diese Bewegungen wirklich revolutionär sind, *wenn ihre Vertreter uns nicht hindern,* die Bauernschaft und die breiten Massen der Ausgebeuteten in revolutionärem Geist zu erziehen und zu organisieren. *Sind dagegen diese Bedingungen nicht vorhanden*, so müssen Kommunisten in diesen Ländern die reformistische Bourgeoisie *bekämpfen...*“ (Hervorhebung von uns; „Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Nationalen und Kolonialen Frage“, Juni 1920).

Läßt sich die Unterstützung für Chomeini gegen den Schah mit Bezugnahme auf die Position der Komintern zu den bürgerlich-nationalen Befreiungsbewegungen rechtfertigen? Um es vorweg zu nehmen: Chomeinis Opposition war *keine* revolutionäre bürgerlich-nationale Bewegung. In der Tat beschäftigte sich die Komintern 1920 mit der Art von Bewegung, die gerade in Iran die Macht ergriffen hat, aber eben nicht im Geiste einer möglichen Unterstützung und Zusammenarbeit mit ihr. Lenin hatte folgendes über Bewegungen wie der Chomeinis zu sagen:

„In bezug auf die zurückgebliebeneren Staaten und Nationen, in denen feudale oder patriarchalische und bäuerlich-patriarchalische Verhältnisse überwiegen, muß man insbesondere im Auge behalten: ... drittens die Notwendigkeit, den Panislamismus und ähnliche Strömungen zu *bekämpfen,* die die Befreiungsbewegungen gegen den europäischen und amerikanischen Imperialismus mit einer Stärkung der Positionen der Khane, der Gutsbesitzer, der Mullahs usw. verknüpfen wollen...“ (Hervorhebung von uns: "Entwurf der Thesen zur Nationalen und zur Kolonialen Frage“, Juni 1920).

Darüberhinaus hat Chomeini selbst niemals behauptet, daß er Kommunisten „nicht hindern“ würde, die



Ausgebeuteten zu organisieren und zu erziehen. Falls iranische Linke geglaubt haben, sie würden sich unter der „islamischen Republik" demokratischer Freiheiten erfreuen, betrogen sie sich selbst. Chomeini hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß er den Kommunismus noch mehr haßt als den Schah. In einem weit verbreiteten Interview mit *Le Monde* (6. Mai 1978) erklärte der Ajatollah:

> „Wir werden nicht mit Marxisten zusammenarbeiten, auch nicht, um den Schah zu stürzen. Ich habe meinen Anhängern besondere Instruktionen gegeben, dies nicht zu tun. Wir sind gegen ihre Ideologie, und wir wissen, daß sie uns immer in den Rücken fallen. Wenn sie an die Macht gelangen würden, würden sie ein diktatorisches Regime entgegen dem Geiste des Islam errichten."

Ein flüchtiger Blick auf die grundlegenden Dokumente der Komintern über die koloniale Frage reicht aus, solche selbsternannten ‚Leninisten", die die islamische Opposition unterstützten, als Opportunisten zu verurteilen – und solche in Iran als selbstmörderische Opportunisten. Aber dies klärt nicht die generelle Frage nach der Unterstützung der bürgerlich-nationalistischen Bewegungen in der kolonialen Welt. 1920 betraten proletarisch-revolutionäre (kommunistische) Parteien in rückständigen Ländern gerade erst die Bühne. Bürgerlich-nationalistische Massenbewegungen stellten ebenfalls eine relativ neue Erscheinung dar. Es ist daher verständlich und in gewissem Sinne korrekt, daß die Komintern Lenins das Verhältnis zwischen der kommunistischen Avantgarde und der bürgerlich-nationalistischen Bewegung in einer algebraischen Form aufwarf.

Insbesondere die chinesische Revolution von 1925–27, als die bürgerlich-nationalistische Kuomintang ihre kommunistischen Möchtegern-Alliierten abschlachtete, und *alle* nachfolgenden Erfahrungen zeigten, daß die Kolonialbourgeoisie niemals Revolutionäre „nicht hindern" wird, die ausgebeuteten Massen zu organisieren und zu erziehen. Es war die chinesische Revolution, die Trotzki veranlaßte, die Theorie der permanenten Revolution vom zaristischen Rußland auf alle rückständigen Länder in der imperialistischen Epoche anzuwenden und sie damit zu generalisieren. Trotzki stellte fest, daß die China-Politik von Stalin/Bucharin nichts anderes war. als die Übertragung der alten menschewistischen Etappentheorie auf die Kolonien. Wie er in seiner Polemik „Die chinesische Revolution und die Thesen des Genossen Stalin" 1927 schrieb:

> „Die alte menschewistische Taktik der Jahre 1905 bis 1917... wird jetzt von der Schule Martynows (Ideologe im Dienste Stalins/Bucharins) auf China übertragen... Die Argumente sind buchstäblich dieselben wie vor zwanzig Jahren. Nur dort, wo früher das Wort Autokratie' stand, wird jetzt Imperialismus' in den Text gesetzt ... Der Kampf gegen den ausländischen Imperialismus ist ebenso wie der Kampf gegen die Autokratie ein Klassenkampf. Daß man ihn durch die Idee der nationalen Einheitsfront nicht wegzaubern kann, beweisen die blutigen Aprilereignisse (Tschiang Kai-scheks Schanghaier Massaker) allzu deutlich, die unmittelbar aus der Politik des Blocks der vier Klassen erwachsen sind" (*China - die erwürgte Revolution).*

Imperialismus bedeutet seinem Wesen nach die Unterordnung der schwachen besitzenden Klassen der rückständigen Länder unter die machtvolle Bourgeoisie der Metropolen in den Zentren. Wie Trotzki es formulierte:

> „Der Imperialismus ist eine äußerst bedeutsame Kraft in den inneren Beziehungen Chinas. Die Hauptquelle dieser Kraft sind nicht die Kriegsschiffe in den Gewässern des Yangtse Kiang - das sind nur Hilfsmittel – sondern die ökonomische und politische Verbindung des Auslandskapitals mit der chinesischen Bourgeoisie" (ebenda).

Es gibt *keine* anti-imperialistische Bourgeoisie, und deshalb kann es keine anti-imperialistische bürgerlich-demokratische Revolution geben. In der Epoche des Imperialismus können die historischen Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution, einschließlich der nationalen Befreiung, nur durch die proletarische sozialistische Revolution erfüllt werden.

Einheitsfronten im Kampf gegen den Imperialismus

Für Leninisten ist die Einheitsfront ein spezifisches, *episodisches* Abkommen für eine gemeinsame *Aktion:* „Getrennt marschieren, vereint schlagen!" hieß die Parole, mit der die frühe Komintern die Einheitsfront beschrieb. Und das unterschied Trotzki scharf von einem politischen Propagandablock. Darüberhinaus erstrecken sich Einheitsfronttaktiken über ein weites Gebiet und sind nicht alle austauschbar. So gibt es eine fundamentale Unterscheidung zwischen der militärischen Unterstützung für bürgerlich-demokratische Kräfte (z. B. für die algerische FLN gegen die französische Armee und Colon-Terroristen) und der politischen (z. B. im Wahlkampf). Die Taktik der kritischen Wahlunterstützung oder sogar des Entrismus kann manchmal bei sozialdemokratischen^. B. der britischen Labour-Partei) oder stalinistischen Parteien (z. B. die französische KP) angewandt werden, die sich auf die organisierte Arbeiterklasse stützen. Solch eine Taktik, angewandt zur Entlarvung der reformistischen Irreführer, kann gerechtfertigt sein als Ausdruck eines zumindest ersten Schrittes hin zur politischen Unabhängigkeit der Arbeiter, indem die Klassenlinie gegen die bürgerlichen Parteien gezogen wird. Aber niemals geben Revolutionäre bürgerlichen Formationen solch eine politische Unterstützung, wie radikal oder „sozialistisch" ihre Rhetorik oder wie breit ihre allgemeine Unterstützung auch sein mag. Im Gegensatz zu reformistischen Parteien mit einer Arbeiterbasis sind bürgerlich-nationalistische Bewegungen (wie die chinesische Kuomintang, die algerische FLN, der argentinische Peronismus) nicht nur Irreführer, sondern Klassenfeinde - sie können sich gegen die Unterstützung, die ihnen durch die Arbeiterklasse zuteil wird, wenden und sie *zerstören,* ohne selbst politischen Selbstmord zu begehen.

Sicherlich gibt es spezifische *partielle* Kämpfe gegen die imperialistische Herrschaft (z. B. für die politische Unabhängigkeit), die fortschrittlich sind und oft von bürgerlichen Nationalisten geführt werden. So führen bürgerlich-nationalistische Regimes manchmal Maßnahmen gegen das ausländische Kapital durch (z. B. Cárdenas'Nationalisierung der mexikanischen Ölfelder 1937, Nassers Nationalisierung des Suez-Kanals), die von Revolutionären unterstützt und, falls notwendig, verteidigt werden. Eine ägyptische revolutionäre Avantgarde z. B. hätte Nasser militärische Unterstützung gegeben gegen die englisch-französisch-israelische, als Vergeltung für die Nationalisierung des Suez-Kanals begonnene, Invasion 1956.

Die Legitimität solcher Einheitsfront-Taktiken hängt völlig von dem fortschrittlichen Inhalt dessen ab, für das konkret gekämpft wird, und ganz und gar nicht von dem „anti-imperialistischen" Gehabe der beteiligten bürgerlichen Kräfte. Tatsächlich sind wir bereit, zur Verteidigung *genuiner* nationaler Rechte gegen einen imperialistischen Angriff sogar mit extremen Reaktionären gemeinsame Sache zu machen. Haile Selassie war z. B. ein feudaler Autokrat. Dennoch gaben ihm revolutionäre Marxisten militärische Unterstützung



Stalin hatte alle Argumente zur Rationalisierung der politischen Unterordnung unter den „Anti-Imperialisten“ Tschiang Kai-schek parat. Die chinesischen Kommunisten bezahlten den Preis dafür: Schanghaier Massaker 1927.

bei der Verteidigung Äthiopiens gegen die Eroberung durch Mussolinis Italien. Ein weiteres Beispiel: Tschiang Kai-schek war in den dreißiger Jahren ein reaktionärer Schlächter, mit dem verglichen die Pahlevis wie fromme Menschenfreunde erscheinen. Weiterhin war das China der Kuomintang mindestens genauso eng mit dem US-Imperialismus verbunden wie das Iran des Schah. Trotzdem mahnte Trotzki seine chinesischen Anhänger, aktiv am nationalen Widerstand gegen das imperialistische Japan teilzunehmen, trotz der Führung durch Tschiang.

Auf der anderen Seite basieren Einheitsfronten in den ex-kolonialen Ländern in den Augen der Opportunisten auf dem angeblich progressiven („anti-imperialistischen“) Charakter der bürgerlichen Kräfte, denen sie hinterherlaufen. Demgemäß wurde Chomeinis Bewegung als „anti-imperialistisch“ vorgestellt und umgekehrt wurde der Schah bezeichnet, *nicht* als ein Repräsentant der *iranischen* Bourgeoisie, sondern als ein direkter Agent des US-Imperialismus, eine Art hochklassige CIA-Kraft. In der Polemik gegen uns schreibt *Workers Power*: „Die Spartacist-Position würde in der Praxis eine anti-imperialistische Einheitsfront gegen den Schah in Iran ausschließen“ („Rights and Wrongs of the Spartacists“, *Workers Power,* Januar 1979).

Selbst wenn Chomeini ein bürgerlicher Nationalist wäre, der für ein demokratisches Programm Partei ergriffe (was er mit Sicherheit nicht ist), würden wir das ablehnen, was *Workers Power* mit „anti-imperialistischer Einheitsfront“ meint. Diese Forderung wurde erstmals auf dem Vierten Weltkongreß der Komintern 1922 aufgestellt, wo sie mit der Agitation für „temporäre Abkommen“ mit bürgerlichen Nationalisten im Kampf gegen die imperialistische Herrschaft verbunden war. Selbst damals wurde die Forderung benutzt, um Kapitulationen vor den bürgerlichen Nationalisten zu rechtfertigen. In der Debatte über die „Leitsätze zur Orientfrage“, wo die Forderung innerhalb der Komintern zum ersten Mal aufgestellt wurde, argumentierte ein chinesischer Delegierter:

> „Von dem Grundsatz ausgehend, daß zur Ausrottung des Imperialismus in China eine anti-imperialistische Einheitsfront errichtet werden muß, hat unsere Partei sich entschlossen, eine Einheitsfront mit der national- revolutionären Partei Kuomintang zu errichten ... Wenn wir dieser Partei nicht beitreten, werden wir isoliert bleiben und einen Kommunismus predigen, der zwar ein großes und hehres Ideal darstellt, dem jedoch die Massen nicht folgen“ *(Protokoll des Vierten Weltkongresses der kommunistischen Internationale*, Band II).

Innerhalb des Politbüros der russischen KP hatte sich Trotzki von Anfang an dem Eintritt in die Kuomintang widersetzt. Das tragische Massaker von Schanghai im April 1927 war die blutige Konsequenz dieses Eintritts. Und diejenigen, die zur politischen Unterstützung für die islamische Opposition aufrufen, offenbaren die gleichen kapitulantenhaften Impulse, die zum Eintritt in die KMT führten – nur noch schlimmer, denn zumindest im Verhältnis zu den *Warlords* war die Partei Tschiang Kai-scheks „progressiv“. Sie wollte das Einschnüren der Füße beseitigen, die Zöpfe abschneiden usw. Nicht so die Mullahs, die den Schleier wiedereinführen wollen

Es kann spezifische Einheitsfront-Aktionen mit anti-imperialistischem Charakter zwischen proletarischen Revolutionären und bürgerlichen Nationalisten geben, wie z. B. einen Marsch auf eine koloniale Militärbasis. Natürlich würden sich Kommunisten einer Massenerhebung für die Unabhängigkeit anschließen und dafür eintreten, daß sie in ihrem Bruch mit dem Imperialismus weiter geht als ihre bürgerlichen und kleinbürgerlichen Führer dies wünschen. Aber was die pseudotrotzkistischen Revisionisten mit der Parole einer „anti-imperialistischen Einheitsfront“ anfangen wollen, ist genau das, was Stalin-Dimitroff mit der Parole der „Einheitsfront gegen den Faschismus“ auf dem Kongreß der Komintern 1935 getan haben: sie als Kodewort für einen politischen Block mit einem Teil der Ausbeuter benutzen, mit tatsächlichen wie mit Möchtegern-Ausbeutern. Die essentiell stalinistische Konzeption der „anti-imperialistischen Einheitsfront“ läuft darauf hinaus, solche bürgerlichen Gruppen zu unterstützen, die für eine weniger pro-westliche ***Außenpolitik*** stehen (oder jedenfalls behaupten, dafür zu stehen) als ihre hauptsächlichen Gegenspieler. In der Praxis bedeutet die „anti-imperialistische Einheitsfront“ die Unterstützung von Indira Gandhi gegen die Janata-Partei in Indien, von Oberst Mengistu gegen jedermann sonst in Äthiopien usw.

Der reaktionäre, anti-demokratische Gehalt der „anti-

imperialistischen Einheitsfront“ ist gut zu sehen in Peru. Gemessen am „Anti-Imperialismus“ läßt Perus General Velasco Alvarado Ajatollah Chomeini um Lichtjahre hinter sich zurück. Die Velasco-Junta (1968-75) betrieb eine breite Landreform und nationalisierte verschiedene Schlüsselindustrien des Landes, einschließlich der großen, im US-Besitz befindlichen Kupfer- und Ölgesellschaften (Texaco). Sie nahm wieder diplomatische Beziehungen zu Kuba auf und entwickelte enge Bande zum Sowjetblock, was sehr ungewöhnlich ist für ein Land, das im Hinterhof des US-Imperialismus angesiedelt ist.

Die Logik der „anti-imperialistischen Einheitsfront“ erforderte die Unterstützung für Velascos Putsch im Jahre 1968 gegen die Mitte-Rechts-Parlamentsregierung von Belaunde Terry und für die Junta an der Macht gegen die pro Washingtoner bürgerlichen Oppositionsparteien (die mit dem CIA verbundene, rechte pseudopopulistische APRA und die konservative Christliche Volkspartei). Natürlich gaben die pro-Moskau-Stalinisten den „progressiven“ Generalen genau in dieser Art und Weise ihre Unterstützung. Auch der revisionistische „trotzkistische“ internationale Block von Guillermo Lora und Pierre Lambert – das Organisationskomitee für den Wiederaufbau der Vierten Internationale – bot Velascos Junta seine Hand zur „anti-imperialistischen Einheitsfront“. Wegen ihrer Unterstützung für das repressive, aber „anti-imperialistische“ bonapartistische Militärregime ist die pro-Moskau-KP heute unter den arbeitenden Massen Perus total diskreditiert. Und im Vergleich zu Chomeinis Islamischen Revolutionären Komitees sieht die peruanische Junta wie ein Haufen von herzensguten liberalen Menschenfreunden aus.

Revolutionäre Politik in Iran

Unsere reformistischen und zentristischen Opponenten behaupten, daß die Forderung der iST ‚Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs!“ politischen Abstentionismus in dieser Periode der revolutionären Unruhe bedeutete. Das ist der rote Faden ihrer Argumentation. Während die Massen den Schah stürzen, wettern sie gegen uns (und glauben es teilweise selbst), die Spartacists wären dafür eingetreten, daß iranische Revolutionäre zuhause sitzen bleiben und womöglich das *Kapital* studieren sollten. Für Opportunisten ist politischer Aktivismus immer gleichbedeutend mit dem Hinterherlaufen hinter den Massen. Nicht so für Revolutionäre. In der Realität haben wir eine aktive und interventionistische politische Linie zu jeder Etappe der iranischen Krise entwickelt, von den islamischen Massendemonstrationen im letzten Sommer über die Streikwelle, die die Wirtschaft zu Anfang dieses Jahres lahmlegte, bis hin zu den heutigen linken und demokratischen Protesten gegen Chomeinis erste Schritte, seine islamische Republik aufzubauen.

Die hauptsächlichen Aktionen der islamischen Opposition bestanden aus einer Reihe von Massendemonstrationen unter den Parolen „Gott ist groß!“ und „Es lebe Chomeini!“. Das ganz offenkundige Programm dieser Demonstrationen war die *Ersetzung* der Autokratie des Schah durch den theokratischen Staat unter Chomeini. Eine Teilnahme an diesen Demonstrationen konnte *nichts anderes* bedeuten, als die Herrschaft der Mullahs zu unterstützen, das heißt, ein solches Regime zu unterstützen, wie es jetzt an der Macht ist.

Schamlose Reformisten wie die amerikanische SWP stellen einfach die Welt auf den Kopf und sagen, der Schleier sei ein „Symbol des Widerstandes gegen den Schah“ (so Cindy Jaquith) und nicht etwa Ausdruck der Purdah, der traditionellen moslemischen Absonderung der Frauen; eine islamische Republik bedeute für die Massen eine Arbeiter und Bauernrepublik (nach Barry Sheppard); oder ‚Allah akbar“ (Gott ist groß) bedeute *in Wirklichkeit,* daß das Volk stärker ist als die Armee des Schah (so der Beitrag von Brian Grogan). Wo Reformisten einfach lügen, nehmen zentristische Nachtrabpolitiker vom Schlage der Workers Power Zuflucht in pseudo-orthodoxer Konfusion:

> „Während wir keineswegs verheimlichen, daß die positiven Ziele der Mullahs nicht die der Arbeiterklasse sind und gar nicht sein können, so sagen wir doch, daß Trotzkisten an den Aktionen gegen den Schah und die Generale teilnehmen müssen“ („Opportunists and Sectarians on Iran“, *Workers Power,* Februar 1979).

Bei Allah! Jede linke Gruppe, die den Versuch unternahm, an den „Es-lebe-Chomeini! „-Demonstrationen mit Forderungen gegen eine islamische Republik teilzunehmen, hätte eine schnelle Lektion in Sachen Justiz ä la Koran erteilt bekommen.

Workers Power behauptet, daß eine Teilnahme an den Chomeini-Demonstrationen „de facto eine anti-imperialistische militärische Einheitsfront“ (ebenda) bedeutet hätte. Aber diese Demonstrationen waren *kein* Bürgerkrieg, in dem der Sieg für die Armee des Schah die *Vernichtung* der Volkskräfte bedeutet hätte und wo infolgedessen notwendigerweise eine Politik der revolutionären Verteidigung auf der Seite der von den Mullahs geführten Kräfte auf der Tagesordnung gestanden hätte. Die Demonstrationen waren im wesentlichen eine Pressure-Taktik zur Islamisierung des existierenden Staatsapparates. Die Chomeini-Führung hoffte ganz klar auf einen Putsch gegen den Schah durch ein persisches Gegenstück zu dem pakistanischen „Soldaten des Islam“, General Zia. Nichts anderes waren die Demonstrationen für eine islamische Republik.

Unsere prinzipielle Opposition zur Teilnahme an den“ von Chomeini geführten Demonstrationen war keine Entscheidung für politischen Quietismus. Von ihren eigenen Kräften und der konkreten militärischen Lage ausgehend, hätte eine trotzkistische Organisation in Iran die Öffnung, die durch das Ausbrechen einer islamischen Massenopposition geschaffen wurde, und die zeitweise Unentschlossenheit des Repressionsapparates des Schah genutzt, um für revolutionär-demokratische Forderungen und ihr volles Programm des Klassenkampfes zu agitieren. Eine trotzkistische Avantgarde hätte ebenfalls versucht, die Mitglieder der linken Gruppen, vor allem der Fedajin, von Chomeini loszubrechen, indem sie diesen Organisationen eine Reihe von Einheitsfront-Aktionen gegen den Schah vorgeschlagen hätte, die unabhängig von der Bewegung der Mullahs und politisch gegen diese gerichtet gewesen wären.

Der Schah wurde nicht nur durch die „Es-lebe-Chomeini“- Demonstrationen gestürzt, werden die Reformisten und Zentristen hier einwenden, sondern genauso durch die Arbeiterstreiks, vor allem in den ökonomisch ausschlaggebenden Ölgebieten. Richtig. Aber wo unsere Nachtrab-Opponenten die reaktionären kleinbürgerlichen Proteste und die proletarische Streikwelle zu einer einzigen klassenlosen ‚Anti-Schah“-Bewegung *zusammenwarfen*, haben wir einen grundsätzlichen Trennungsstrich gezogen. Sicherlich waren die Streiks gegen die Monarchie gerichtete Schläge, obwohl sie am Anfang eine beträchtliche ökonomische Komponente hatten. Bezeichnenderweise rief der Schlüsselstreik der Ölarbeiter *nicht* zur Bildung der islamischen Republik auf, wenn auch die Arbeiter ohne Zweifel die Chomeini-Opposition bis zu einem gewissen Punkte unterstützten.

Eine revolutionäre Partei in Iran hätte selbstverständlich die Streiks energisch unterstützt und alles in ihren Kräften stehende getan, um sie zu stärken und auszuweiten. Zur

gleichen Zeit hätte sie gefordert, daß die Arbeiter der islamischen Opposition *keine Unterstützung* geben. Wie wir einen Monat vor der Flucht des Schah geschrieben haben:

„Die Streikkämpfe, die jetzt von den iranischen Arbeitern geführt werden, können die Basis einer unabhängigen Mobilisierung des Proletariats als Chomeinis Konkurrenten im Kampf um die Macht sein, anstatt Kanonenfutter für die Mullahs. In der Epoche des Imperialismus können die demokratischen Aufgaben der Befreiung der unterdrückten Nationalitäten, der Agrarrevolution und des Bruchs mit der imperialistischen Herrschaft nur unter der Führung des iranischen Proletariats durchgeführt werden. Aber der Erfolg dieser dringenden demokratischen Forderungen bedarf der Errichtung einer proletarischen Diktatur und nicht der Auflösung der Arbeiterklasse in den kleinbürgerlichen Massen"(„Down with the Shah! Don't Bow to Khomeini!", *Workers Vanguard* Nr. 221,15.Dezember 1978).

Nachdem der Schah geflohen war, richtete sich der Volkszorn gegen die Polizei und vor allem gegen die verhaßte SA- VAK; die aufgebrachte Menge jagte und tötete sie. Die islamische Führung richtete sich gegen diese spontanen Vergeltungen gegen die Folterknechte des Schah, da sie eine Annäherung an wenigstens einen Teil der Generale suchte und gleichzeitig „Chaos in den Straßen" befürchtete. Eine revolutionäre Partei in Iran hätte nicht nur an den Angriffen auf die SAVAK teilgenommen, sondern hätte versucht, diese auf Einheitsfront-Basis in Form von Volkstribunalen zu organisieren. Im Januar schrieben wir hierzu:

„So sehen die Mullahs richtig die öffentlichen Mobilisierungen gegen die SAVAK als gegen den Aufbau ihrer Rechtsprechung und dem Wunsch, gute Verbindungen zum Offizierskorps zu halten, gerichtet. Volkstribunale zur Bestrafung der SAVAK-Folterer könnten der Anfang einer revolutionären Doppelherrschaft sein, die sich sowohl gegen die religiöse Hierarchie als auch gegen das Offizierskorps wendet" („Shah Flees", *Workers Vanguard* Nr. 223, 19. Januar).

Während der Bachtiar-Phase, vor allem nach Chomeinis Rückkehr aus dem Exil, war es gut möglich, daß die Generale versuchen würden, die Massenopposition im Blut zu ertränken. Das war die letzte Botschaft des Schah an seine ranghöchsten Offiziere. Direkt nach dem Sieg der Mullahs schrieben wir:

„Wäre eine solche Konfrontation im Bürgerkrieg geendet, hätten Marxisten die Volkskräfte, die von den Mullahs gegen ein intaktes Offizierskorps geführt worden wären, militärisch unterstützt, wenn wir auch mit unserer intransigenten *politischen* Opposition gegen die reaktionär geführte Bewegung versucht hätten, die Massen klassenmäßig zu polarisieren und die Arbeiter und unteren Schichten der kleinbürgerlichen Massen um einen proletarischen Pol zu scharen" („Mullahs Win", *Workers Vanguard* Nr. 225, 16. Februar).

Solch eine revolutionäre Verteidigungspolitik wäre gerechtfertigt und notwendig gewesen, *nicht* weil Chomeini progressiver oder anti-imperialistischer ist als der Schah. Wie in jedem Krieg war die entscheidende Frage die der Stellung der Klassenkräfte und der Konsequenzen des Sieges der einen oder anderen Seite. Falls die Generale solch einen Bürgerkrieg gewonnen hätten, hätten sie nicht nur die islamischen Fanatiker zerschlagen, sondern auch die fortgeschrittenen Elemente des iranischen Proletariats und der organisierten Linken.

In der Zeit des spanischen Bürgerkrieges erklärte Trotzki solchen Ultralinken, die meinten, daß Marxisten, die der Volksfront von Negrin bei den Wahlen keine politische Unterstützung geben, diese jedoch militärisch gegen Franco verteidigen würden und deshalb die „Degeneration in den Sumpf der Volksfrontpolitik des kleineren Übels'„ vollziehen würden:

„Nehmen wir ein Beispiel: zwei Schiffe voll Waffen und Munition... das eine für Franco, das andere für Negrin. Welches sollte die Haltung der Arbeiter sein?... Wir sind nicht neutral. Wir werden das Munitionsschiff für die Negrinregierung durchlassen. Wir machen uns keine Illusionen: von je zehn Kugeln werden neun gegen die Faschisten gehen, mindestens aber eine gegen unsere Genossen. Aber von den für Franco bestimmten würden alle zehn gegen unsere Genossen abgehen... Natürlich, wenn ein bewaffneter Aufstand in Spanien begonnen hätte, so würden wir versuchen, das Munitionsschiff in die Hände der aufständischen Arbeiter zu leiten. Wenn wir aber nicht so stark sind, dann wählen wir das kleinere Übel...

Der Bürgerkrieg zwischen Negrin und Franco ist nicht dasselbe wie das Wahlduell Hindenburg-Hitler. Hätte Hindenburg einen offenen *militärischen* Kampf gegen Hitler begonnen, dann wäre Hindenburg ein kleineres Übel' gewesen... Aber Hindenburg war nicht das kleinere Übel', er führte keinen offenen Krieg gegen Hitler..." (‚Antworten auf einige Fragen, die spanische Lage betreffend - Gedrängte Zusammenfassung". September 1937).

Hier betonte Trotzki zum wiederholten Male die entscheidende Differenz zwischen einem Bürgerkrieg und der Taktik des Druckausübens der bürgerlichen Demokratie (Wahlen, usw.). Durch die Behauptung, daß von Mullahs geführte Demonstrationen gleichbedeutend mit Bürgerkrieg sind, maskiert Workers Power einfach seine *politische Unterstützung* für Chomeini und dessen islamische Republik

Nach Chomeini, wir?

Es ist zum Allgemeinplatz unter den pseudotrotzkistischen Gruppen geworden, die Rolle Chomeinis mit der Alexander Kerenskis zwischen der Februar- und Oktoberrevolution in Rußland zu vergleichen. Barry Sheppard von der amerikanischen SWP sagte auf dem bereits oben erwähnten

Forum in New York: „Zu sagen .Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs!' ist das gleiche wie 1917 .Nieder mit dem Zar! Nieder mit Kerenski!' zu sagen". Dasselbe behaupten ihre britischen Verbündeten, die mandelistische International Marxist Group: „Wenn überhaupt, dann hat er (Chomeini) eine große Ähnlichkeit mit Kerenski, obwohl Analogien ihrer Natur nach nie genau sind" („Iran's February Revolution*", Socialist Challenge,* 15. Februar). Gerade dieser Vergleich ist nicht nur nicht exakt, sondern so aus der Luft gegriffen, daß es schwierig ist, sich damit in einer politisch sinnvollen Art und Weise auseinanderzusetzen. Vergleiche zwischen der russischen Februarrevolution und den Ereignissen in Iran würden nur etwas taugen, wenn der Zar von einer Bewegung unter der Führung des Metroliten Tichon der Russisch-Orthodoxen Kirche gestürzt worden wäre.

Kerenski war eine zufällige Figur, die die Revolution hervorgebrach t hat. Vor dem Februar 1917 war er unbedeutend. Es war gerade das Fehlen an politischer Definition und starker Parteibindung bei Kerenski, was ihn zum akzeptablen „Führer" für die bürgerlich liberalen Kadetten, die kleinbürgerlich populistischen Sozialrevolutionäre und die proletarisch reformistischen Menschewiki machte. Chomeini war alles andere als eine Randfigur beim Sturz des Schah. Er war der etablierte Führer der dominierenden religiösen Sekte. Er ging genau bei dem oberflächlichen Versuch der Westernisierung der Monarchie (der „Weißen Revolution" von 1963) in Opposition zum Schah, genauer gesagt zur Landreform, die die ökonomischen Interessen der Moschee gefährdete, und zur Frage der gesetzlichen Rechte für die Frauen.

Es gibt aber eine versteckte politische Logik in der Fixierung der Pseudo-Trotzkisten auf die unsinnige Chomeini-Kerenski-Analogie. Jedermann weiß, daß Kerenski nichts war als eine Übergangsfigur, die von den Bolschewiki nach einigen Monaten im Amt leicht gestürzt werden konnte. Indem sie den Vergleich zwischen Chomeini und Kerenski ziehen, drücken unsere revisionistischen „trotzkistischen" Opponenten ihren Glauben aus – oder auf jeden Fall ihre Hoffnung - auf das (baldige) „Nach Chomeini – wir!". Vielleicht finden wir hier die unterschwelligen Gründe, weshalb Linke eine erklärtermaßen reaktionäre, kleinbürgerliche, religiöse Bewegung in Iran unterstützen. Es handelte sich um ein zynisches Manöver, die Mullahs gegen den Schah zu unterstützen unter der Annahme, daß die „unausbleibliche Radikalisierung" („die objektive Dynamik") der Revolution die Linke an die Macht bringen würde. Viele Bemühungen der Linken, uns diesen rückständigen, religiösen Fanatiker als eine Art von radikalen Demokraten auszumalen, waren ohne Zweifel eine heuchlerische Geste, sich selbst bei Chomeinis iranischen Anhängern beliebt zu machen.

Die vielleicht unehrlichste Verteidigung der Unterstützung für die Mullahs gegen den Schah ist ein Amalgam aus Zynismus und Objektivismus. Was dann ungefähr wie folgt aussieht: Zugestandenermaßen ist Chomeini ein religiöser Reaktionär; wenn er an die Macht kommt und seine Herrschaft konsolidiert, kann diese sogar reaktionärer sein als die des Schah, zumindest was die Innenpolitik anbelangt. Aber eine reaktionäre islamische Republik in Iran ist heute sehr unwahrscheinlich. Um den Schah zu stürzen, muß Chomeini Volksmassen in Bewegung setzen, die er nicht mehr kontrollieren kann und die ihn an der Durchführung seines Programms hindern werden. In dem politischen Chaos, das dem Sturz des Schah folgen wird, wird die Linke über Chomeini den Sieg davontragen. Obwohl Unterstützung für Chomeini eine opportunistische Politik bedeutet, gibt es eine gewisse methodologische Ähnlichkeit zur Position Stalins in der ultralinken Dritten Periode der Komintern, die ihren Ausdruck fand in der Parole: „Nach Hitler - wir!"

Die deutschen Stalinisten hatten all die Argumente hervorgebracht: Hitler stünde an der Spitze einer instabilen Koalition des Großkapitals mit ruinierten Kleinbürgern, die bald platzen würde: er würde sein demagogisches soziales Programm nie einhalten können. Aber mit der kombinierten Stärke einer fanatischen, ihm folgenden Masse und der Wehrmacht errichtete Hitler das Dritte Reich auf den gebrochenen Knochen der organisierten Arbeiter. Die zynische Politik der Unterstützung Chomeinis gegen den Schah, die Möglichkeit seines Sturzes am Morgen seines eigenen Sieges im Hinterkopf, heißt Russisches Roulette mit fünf Kugeln in der Trommel zu spielen. Jetzt hält Chomeini, wenn auch

Fortgesetzt auf Seite 14





Australasian Spartacist

Die SWP verteidigt Chomeini. Die iST verteidigt die iranische Linke.

Einer zog die Konsequenz

Austritt aus der GIM

Nach vierjähriger Mitgliedschaft in der GIM erklärte der Genosse Fritz (Göttingen j auf deren letzter Nationaler Konferenz seinen Austritt aus dieser Organisation, um sich der TLD anzuschließen. Die Unfähigkeit der GIM, ihrer schwelenden Krise politisch zu begegnen, um stattdessen in immer neuen Scheinlösungen Zuflucht zu suchen, hatte sich für den Genossen erneut auf der Konferenz bestätigt. Diesmal wurde bürokratisch die „ Wende zu den Betrieben „ durchgepeischt – mit einer Stimme Mehrheit, bei bewußter Ausklammerung aller wesentlichen in der Organisation umstrittenen politischen Fragen und ohne die programmatische Grundlage für eine kommunistische Gewerkschaftsarbeit.

Wozu eine derartige „Betriebsarbeit“ führt, hat drastisch die sogenannte „Proletarische Fraktion“ gezeigt, die sich kurz vor der Konferenz auflöste. Dies jedoch keineswegs, weil sich die Profra wieder der GIM-Mehrheit angenähert hat, sondern weil sie für sich selbst und ihren ,,Betriebskampf“ keine politische Grundlage finden konnte. „Vor diesem Hintergrund“, berichtete ein bilanzziehendes ehemaliges Profra-Mitglied, „wurde schließlich auch das Bedürfnis laut, das ,trotzkistische Sturm- und Handgepäck' auf seine Tauglichkeit zu überprüfen“.

Die Entwicklungen sind schon angelegt, die zeigen werden, daß auch die letzte Konferenz den drohenden Auseinanderfall der GIM nur hinausgeschoben hat. Schon jetzt werfen die nächsten Bundestagswahlen ihren Schatten voraus und macht sich der Sog des „kleineren Übels“ bemerkbar. Bei allen entscheidenden politischen Fragen in der nächsten Zeit wird die GIM nicht nur nicht in der Lage sein, eine korrekte Antwort zu geben; die Fäulnis dieser Organisation hat vielmehr schon ein solches Maß erreicht, daß die verschiedenen heterogenen Bestandteile des Sumpfes jedesmal zu konträren, wenn auch gleichermaßen opportunistischen Reaktionen tendieren.

Im folgenden veröffentlichen wir die zentralen Passagen aus dem Austrittsdokument des Genossen Fritz:

... Zum ersten Mal stellte ich fest, daß die GIM mit entscheidenden Grundsätzen des Trotzkismus nicht übereinstimmt, als das ZK im letzten Jahr der Grünen Liste Hessen „kritische Wahlunterstützung“ gab. Das bedeutet *politische* Unterstützung für eine Organisation, die, trotz linker Mitarbeit, *außerhalb* der Arbeiterbewegung angesiedelt ist. In einem Leserbrief an die *was tun* schrieb ich zusammen mit einem anderen Genossen der Göttinger Ortsgruppe damals:

> „Bedingungslos unterstützen können wir nur eine kommunistische Partei, eine Partei also, mit der wir, sofern wir nur selbst kommunistisch genug sind, ohne weiteres fusionieren können. Die übrigen Arbeiterparteien können wir durchaus kritisch unterstützen. Mindestvoraussetzung ist allerdings deren organisatorische Unabhängigkeit vom Bürgertum. ... Doch wird nicht gesagt, daß die ,Grünen' keine Organisation der Arbeiterbewegung sind. Sie betrachten sich sogar selbst nicht als solche. Auch wenn linke Teile des Proletariats vor den ,Grünen' kriechen, ändert dies deren Klassencharakter in keinster Weise. ... Seit wann unterstützen Trotzkisten Volksfronten, und seien diese noch so klitzeklein? Aber (*was tun extra):* ,Allein die 'Grünen' gewannen 177 000 Stimmen'. Wenn das kein Grund für eine kritische Unterstützung ist! Zweierlei wird durch eine derartige Taktik erreicht:
> 1) Durch das Hinterherlaufen hinter kleinbürgerlichen Bewegungen gewinnt die GIM nirgendwo Glaubwürdigkeit...
> 2) Die eigenen Kader der GIM werden demoralisiert und nicht dazu erzogen, die Tradition des Bolschewismus fortzusetzen“ (WAS *tun* Nr. 228, 21.9.1978).

... Bei weiterer Untersuchung der Frage mußte ich feststellen, daß die Unterstützung der „Grünen“ und „Bunten Alternativen“ nicht einen taktischen „Fehltritt“ der GIM-Führung darstellt. Sondern erkennbar wurde eine *strategische Abweichung* der GIM und ihrer Bruderorganisationen von der programmatischen Grundlage der Vierten Internationale seit spätestens 1953. Aufmerksam und mißtrauisch geworden, erinnerte ich mich daran, daß ja auch die ..vorbildliche“ Schwestersektion der GIM in Frankreich - die LCR - die Union de la Gauche, also „ihre“ Volksfront, in zweiten Wahlgängen zu unterstützen pflegte – kritisch, versteht sich. In derselben „Mustersektion“ fand sich eine ansehnliche Minderheit (inclusive Alain Krivine) bereit, bei den Präsidentschaftswahlen in Portugal 1976 eine kritische Unterstützung des bürgerlichen Offiziers Carvalho richtig zu finden. Mit dieser Politik verbindet mich nichts als unversöhnliche Gegnerschaft. Und den Genossen, die vorgeben, daß man mit solchen „Tricks“ besser an die Basis herankommen und dieser auf solche Art und Weise die „Sozialistische Alternative“ verkaufen könne, sei folgende Bemerkung Leo Trotzkis ins Stammbuch geschrieben:

> „Die alle wichtigste Frage ist gegenwärtig die Volksfront. Die linken Zentristen versuchen, diese Frage als ein taktisches oder gar technisches Manöver hinzustellen, damit sie mit ihrem Kram im Schatten der Volksfront hausieren gehen können“ (*Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931-39,* S. 204).

... Ausgehend von dieser partiellen Desillusionierung über

den Charakter der GIM und des VS beschäftigte ich mich mit weiteren Fragen trotzkistischer Politik. Ein Eckpfeiler kommunistischer Programmatik ist die bedingungslose Verteidigung der bürokratisch deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten gegen alle inneren und äußeren Restaurationsbestrebungen des Imperialismus und seiner Handlanger *und* der Sturz der parasitären Bürokratenkaste durch eine politische Revolution. „Klar, vertreten wir doch auch!" werden die Genossen sagen. Aber wenn es drauf ankommt, vergißt man – je nach politischer „Notwendigkeit" (?) – die eine oder andere Seite dieser Position (meist sogar beide). Jüngstes Beispiel ist der Resolutionsentwurf des ZK zur Nationalen Konferenz (abgedruckt in *was tun* Nr. 227 vom 14.9.78 und wiederaufgewärmt als die ‚Position der GIM" in *was tun* Nr. 255 vom 29.3.1979), wo der *‚Abzug aller ausländischen Truppen aus der BRD und der DDR*" und der *Austritt der BRD aus der NA TO*" mit dem *„Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt"* gefordert wird. Die Unterscheidung zwischen „den beiden unterschiedlichen Gesellschaftssystemen" entpuppt sich als leeres Gerede und antikommunistische/konter-"revolutionär-marxistische" Gleichmacherei. Denn verschwiegen wird, daß Trotzkisten nicht neutral sind beim Konflikt zwischen NATO und Warschauer Pakt.

... Meine Ablehnung der diversen opportunistischen Strömungen innerhalb der GIM verschärfte sich im Zeitraum um die NK im Januar – und verdichtete sich gleichzeitig zu einem politischen System: Während sich diverse „Tendenzen" um die Frage stritten, wer wann und warum in welchen Betrieb geht, während sich das Koalitionskarussel fleißig drehte, während im Zuge einer neuen „Öffnung" interne Diskussionen zunehmend nach außen getragen wurden, schloß das ZK und die NK gleichzeitig einen Genossen aus, weil er sein Recht wahrzunehmen versuchte, seine politischen Positionen vor der Mitgliedschaft zu veröffentlichen
und zur Bildung einer Fraktion aufzurufen. Von den beiden Rundbriefbeiträgen des Genossen Siggi aus Bochum wurde sein Fraktionsaufruf erst auf der NK verteilt (und das wohl nur, weil er an diese Körperschaft auf Wiederaufnahme appellierte), der andere bisher nicht. Selbstverständlich versuchte die Leitung krampfhaft und vergeblich, dem Genossen Disziplinbruch und Mitgliedschaft in der TLD zu unterstellen. Es ging also nicht um Disziplin, sondern um die politischen Positionen des Genossen. Er besteht nämlich auf einer schonungslosen Kritik des GIM-Opportunismus und dem Kampf für eine trotzkistische Alternative (die Dokumente sind bei der TLD zu beziehen). Und auf die von Siegfried Kreischer auf der NK angekündigte politische Auseinandersetzung (wozu sein Papier ein äußerst kläglicher Einstieg ist) warte ich bis heute vergebens. Zu Recht fürchten sämtliche im ZK vertretenen Strömungen den politischen Härtetest und gehen der Auseinandersetzung mit dem authentischen Trotzkismus aus dem Weg. Sie scheuen auch keine bürokratischen Manöver, sie, die' sich so gerne als „offen" und „demokratische Antibürokraten" aufspielen (Übrigens: In der Spalte „GIM intern" in der *was tun* sucht man vergebens nach einer Behandlung des Ausschlusses. Die könnte ja das „demokratische" Image zerstören).

Aber die Revisionisten können sich den Prüfungen der Geschichte nicht durch Schweigen und Verleumdungen entziehen. Für mich lieferten in letzter Zeit das deutlichste Bei-
spiel für die Verkommenheit der VS-Politik die Ereignisse im Iran, gerade weil die härtesten Diskussionen in der Göttinger Ortsgruppe um diese Frage geführt wurden. Die entscheidende Aufgabe von Kommunisten war es, in aller

Ira n. ..

Fortsetzung von Seite 12
nicht sicher, die Ressourcen der Staatsmacht in seinen Händen. Mit Sicherheit wird er in der Schlußabrechnung mit der Linken und der Arbeiterbewegung über die Loyalität der noch intakten Offizierskaste verfügen können. Des weiteren erfreut sich Chomeini einer enormen Autorität in der Bevölkerung, vor allen Dingen unter den rückständigen, ländlichen Massen, und zwar nicht nur als Imam der Gläubigen, sondern als Sieger über den verhaßten Schah.

Als Revolutionäre nehmen wir hinsichtlich eines möglichen Sieges der Konterrevolution niemals eine fatalistische Haltung ein. Als Hitler Anfang 1933 zum Kanzler ernannt wurde, rief Trotzki die deutsche Arbeiterklasse auf, sich gegen ihn zu erheben. Genauso fordern wir heute in Iran die Einheitsfront zur Verteidigung der Arbeiterbewegung, der Linken und der weltlichen, demokratischen Kräfte gegen den drohenden Terror der islamischen Reaktion:

> „Jeder nicht-islamische Teil der Gesellschaft, von den Fedajin bis zu den Frauen auf den Straßen, wird von den Gewehren der moslemischen Fanatiker bedroht. Ein ermutigendes Zeichen dafür, daß eine Basis für eine Einheitsfront-Verteidigung der linken, proletarischen und weltlich-demokratischen Kräfte existiert, ist der Schutz der Frauenproteste in Teheran durch die Fedajin. Revolutionäre in Iran würden für die Aufstellung von Arbeitermilizen, basierend auf Fabrikkomitees und Gewerkschaftsorganisationen, agitieren, die das Rückgrat solch einer Einheitsfront gegen die Herrschaft der Mullahs wären" ("No to the Veil", *Workers Vanguard* Nr. 227, 16. März).

Jedoch sehen wir deutlich, daß die politischen und militärischen Vorteile jetzt bei den islamischen Revolutionskomitees liegen und nicht bei den selbstmörderischen Opportunisten der iranischen Linken und der tragisch irregeführten Arbeiterklasse. Es sind keine leeren Worte, wenn Chomeini droht: „Wenn die vereinte Führung nicht von allen Gruppen akzeptiert wird, werde ich dies als eine Auflehnung gegen die islamische Revolution ansehen, und ich warne diese Banditen und gesetzlosen Elemente: wir waren fähig, den Schah und sein übles Regime zu zerstören, und wir sind stark genug, mit ihnen fertig zu werden" *(New York Times,* 20. Februar).

Und wodurch erhielt Chomeini die Stärke, den Schah zu zerstören? Sie wurde ihm nicht nur durch die kleinbürgerliche Basis der Moschee, die Basaris und ähnliche soziale Schichten verschafft, sondern ist auch Ergebnis der Unterstützung durch die iranische Linke (die pro-moskauer Tudeh- Partei und die eklektizistischen stalinoiden Fedajin), die Chomeini die Waffen gab, die er jetzt gegen sie richten wird. Und auch die ausländischen linken Beifallspender für die demonstrierenden Mullahs – die Jack Barnes', Ernest Mandels und Gerry Healys – tragen die Verantwortung für den um sich greifenden reaktionären Terror in Iran. Jede Frau ohne Schleier, die geschlagen wird, jeder kleine Übeltäter, der ausgepeitscht wird, jeder Arbeitermilitante, der von einer islamischen SAVAK gefoltert wird, ist im Recht, all diejenigen zu verfluchen, die mitgeholfen haben, ihre neuen Peiniger an die Macht zu bringen.

Nach Workers Vanguard Nr. 229,13. April 1979

daß die Mullahs als Todfeinde der Frauen, der nationalen Minderheiten und der Arbeiterklasse auf das Schärfste bekämpft werden müssen. Stattdessen wurde mir in Diskussionen in der Göttinger OG versichert, den Schleier zu tragen und gegen die Ausländer zu hetzen, sei „antiimperialistisch“. Schließlich erklärte ein Genosse, man müsse die Losung der „islamischen Republik“ aufgreifen und ihr eine andere, progressivere Deutung geben. Eine lokale Abweichung? – In den USA rechtfertigte Cindy Jaquith von der SWP das Tragen des Schleiers als „Akt des Widerstandes“. In England verkündete Brian Grogan, Nationalsekretär der IMG, stolz, er habe in Iran auf Demonstrationen , Allah akbar!“ (Allah ist groß!) gerufen und ein Chomeini-Portrait auf seiner Reisetasche getragen (*Workers Vanguard* Nr. 230 vom 27.4.1979). Es ist kaum anzunehmen, daß sich einer von beiden mit Göttinger Genossen abgesprochen hat. Trotzdem haben sie sich nicht unabhängig voneinander verhalten, es gibt eine Verbindung zwischen all diesen Mullah-Anbetern /- Nachläufern/-Verehrern!

Das Gemeinsame, das diese Leute verbindet, zum Iran, zur Volksfront, zur Verteidigung der Arbeiterstaaten oder irgendeiner anderen zentralen politischen Frage, ist die systematische Liquidierung und Diskreditierung des trotzkistischen Übergangsprogramms: Hinter allem herzukriechen, was sich bewegt, und zu ignorieren, wohin die politische oder gar religiöse Führung der „Bewegung“ geht.

... Es gibt eine Organisation, die der Aufgabe von Kommunisten zum Iran gerecht geworden ist: die internationale Spartacist Tendenz, deren deutsche Sektion die TLD ist. Sie hat die Wahrheit – von Anfang an – über die Mullahs gesagt, so bitter sie auch sein mag. Sie hat die absolute Unversöhnlichkeit der Interessen der Frauen, der nationalen Minderheiten und der Arbeiter im Iran mit der reaktionären Moslem-Bewegung aufgezeigt und mit der Frage der proletarischen Machtergreifung verbunden. Nur auf diese Weise verkommt die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung nicht zur abstrakten Pflichtübung und zum opportunistischen Allgemeinplatz. Nur auf diesem Programm wird eine trotzkistische Sektion im Iran aufgebaut.

... Ich trete aus der GIM aus, mit der Absicht, mich der TLD anzuschließen, weil es keine Möglichkeit für die Reformierung des opportunistischen Kurses der GIM gibt. Der Ausschluß von Siggi zeigt auch, daß trotzkistische Positionen in der GIM nicht mal *offen ausgesprochen* werden dürfen. Es gilt einen harten programmatischen Kampf zu führen, um das Erbe des Trotzkismus zu bewahren. Diesen Kampf führen heute nur die TLD/iST. Ich fordere daher alle Genossen auf, sich ernsthaft mit den Positionen dieser Organisation zu beschäftigen!

- Laßt Euch nicht durch Lügen und Gerüchte verwirren!
- Brecht mit den diversen pabloistischen Sackgassen!
- Nur der Kampf für die Wiedergeburt der Vierten Internationale kann die Führungskrise des Proletariats lösen und die Arbeiterklasse zur Machtergreifung führen!

Fritz Göttingen, den 8. Juni 1979

Spartacusbund . . .

Fortsetzung von Seite 24
vollständig von uns polarisiert worden ist, daß das, was übrig bleibt, nur das Potemkinsche Dorf einer Zeitung ist? Weil der Spartacusbund frustriert und enttäuscht bemerkt hat, daß wir angefangen haben, aus der GIM zu rekrutieren, daß wir unsere Präsenz in Westdeutschland verstärkt und aufgebaut haben, daß wir den Kampf aufgenommen haben, um im nationalen Rahmen als *die* Trotzkisten anerkannt zu werden. In den selbstentlarvenden Worten des Spartacusbundes:

> „Diese iST-Kritik soll nicht nur dazu dienen, die heute dort organisierten Genossinnen und Genossen von ihrer Organisation zu lösen, sondern auch den zukünftigen ‚Umgruppierungspartnern' (z.B. der GIM) der iST eine zusammenhängende Argumentation an die Hand zu geben...',, *(E&P,* Nr. 9).

Intern hat der Spartacusbund immer zugegeben, daß er es für nahezu aussichtslos hält, Genossen aus der TLD zu gewinnen. Der betreffende Halbsatz ist reine Formsache. Aber das Bestreben, als "linke“ Flankendeckung für die Mandel- Hansen-Jünger der GIM zu dienen (und den Kommunistischen Bund sollte man auch nicht vergessen!) ist ein Gradmesser der Verkommenheit dieser Organisation. Vor zehn Jahren aus einer linken Abspaltung aus dem Vereinigten Sekretariat entstanden, wollte er früher die Mandelianer von links *bekämpfen* – jetzt hofft er nur, sie vom Souffleurkasten aus gegen leninistische Kritik schützen zu können. Der Spartacusbund hat längst im eigenen Selbstverständnis jeden Anspruch aufgegeben, die revolutionäre Partei aufbauen zu können. Er hat – berechtigterweise – kein Vertrauen mehr in die eigene Fähigkeit, eine Partei zu schaffen, die das Proletariat zur Ergreifung der Macht führen kann. Nur so kann man die Begründung“ dieses Beitrages verstehen, und in der Tat: dieser müde Zynismus ist ein Grundzug der .Politik“ des Spartacusbundes.

Warum haben sie die Mullahs unterstützt?

Höchst bemerkenswert in der Spartacusbund-Polemik ist das Fehlen auch nur der geringsten *Erwähnung* unserer Differenzen zu den Ereignissen in Iran. Diese Tatsache sollte nicht weiter überraschen: der Spartacusbund hat sich ebenso der von den Mullahs geführten Bewegung angehängt wie etwa die GIM und ihre iranische Schwesterorganisation HKS. Nur die iST hat durchgehend ihre Opposition sowohl gegen den Mörder-Schah wie gegen die islamische Reaktion mit der Parole „Nieder mit dem Schah, nieder mit den Mullahs“ klargemacht. Nur wir knüpften an der Tradition der Bolschewistischen Partei, der Kommunistischen Internationale und an ihre Geschichte der Arbeit unter den islamischen Bevölkerungsgruppen an – eine Tradition, die eng verbunden ist mit dem Kampf gegen die islamische Geistlichkeit. Der Spartacusbund hat seinerseits „demokratische Mullahs“, eine „demokratische Etappe“ und allerlei „antiimperialistischen Kampf“ in der Mullah-Bewegung gesucht, um seine Unterstützung der schiitischen Orthodoxie zu begründen. Im Herbst letzten Jahres schrieb der Spartacusbund:

> „Wie es scheint, stehen die Kämpfe noch unter einem großen Einfluß der schiitischen Religionsführer, die zum großen Teil nicht eine reaktionäre Islamherrschaft errichten wollen, sondern einen bürgerlich demokratischen Staat, allerdings mit großem Einfluß des Islams. Dies ist

jedenfalls ihren Forderungen nach Freiheit und Demokratie zu entnehmen“ (*Spartacus* Nr. 47, 20. September - 20. Oktober 1978). Noch unverhüllter kam die Position des Spartacusbundes in einem Flugblatt der Westberliner Ortsgruppe zutage, das eindeutig gegen die TLD gerichtet war:

„Die Vorstellung, die schiitische Geistlichkeit wolle einen reaktionären islamischen Staat errichten, ist nicht nur deshalb absurd, weil ein reaktionäreres Regime als es der Schah repräsentiert, wohl nicht möglich ist, sondern zeugt auch von arroganter Dummheit und imperialistischem Fortschrittsdenken“ (9. Dezember 1978). Also, wer hat recht gehabt? Die TLD und die iST hat eine internationale Propagandakampagne geführt, um die Arbeiterklasse, die nationalen Minderheiten, die säkulare Linke Irans und nicht zuletzt die Frauen vor der tödlichen Gefahr einer Mullahherrschaft zu warnen. Der Spartacusbund wollte bei der Bewegung „dabei“ sein – zumindest in Worten. Was hat es anders bedeutet, von dem Sieg der Mullahs als von einer „Revolution“ zu sprechen – einer Revolution mit dem *Koran* als Programm. Entgegen solcher Stiefelleckerei war es die Aufgabe von Kommunisten, nicht nur die Lehren der rassischen, *sozialistischen* Revolution zu verteidigen – sondern sogar die Lehren der französischen *bürgerlichen* Revolution von 1789-93: Robespierre stand in der Frage der Geistlichkeit und der klerikalen Orden *links* vom Spartacusbund.

Was wir gesagt haben, ist, daß das vier Millionen starke Proletariat von Iran, besonders die Ölarbeiter, die entscheidende Kraft für die proletarische Revolution im ganzen Nahen Osten sein können. Iran ist in vieler Hinsicht vergleichbar mit dem zaristischen Rußland kurz vor der Revolution – bloß was fehlt, und dieser Unterschied ist entscheidend, ist die revolutionäre Partei. Minoritäres, aber stark zentralisiertes Proletariat, schwache nationale Bourgeoisie, ungelöste Landfrage, starke nationale Minderheiten: Iran ist ein Bilderbuchbeispiel der objektiven Voraussetzungen für die permanente Revolution. Iran zeigt am schärfsten die Kluft zwischen der iST und dem Spartacusbund. Wir sagten: Nieder mit dem Schah, nieder mit den Mullahs, für Arbeiterrevolution in Iran. Der Spartacusbund sagte: „Die demokratische Etappe der Revolution in Iran ist längst nicht abgeschlossen“ *(Spartacus/Permanente Revolution* Extra, 23. März 1979).

Spartacusbund zu Palästina: Apologeten der arabischen Bourgeoisie

Inzwischen macht der Spartacusbund mit bei der allgemeinen Distanzierung von Chomeini. Nur, Chomeini hat nicht sein Programm verraten – das war schon immer der *Koran – ;* die Linken, die ihn unterstützten, haben ihr wie immer auch deformiertes Programm der religiösen Welle geopfert. Gleiche opportunistische Impulse motivieren den Spartacusbund in der Palästina-Frage: er sieht, daß die Palästinenser entrechtet, vertrieben, unterdrückt sind, und sucht unter den bürgerlichen arabischen Regimen des Nahen Ostens nach Chomeinis, Tschiang Kai-scheks oder neuen Nassers, um die „Bewegung“ gegen Israel zu fuhren. Seine Suche nach einer *bürgerlichen* Lösung des nationalen Problems im Nahen Osten, bedingt durch Unglauben an die proletarischen Revolution, treibt ihn in die Arme der arabischen nationalen Bourgeoisien.

Israel ist ein reaktionärer, zionistischer Staat, entstanden *sowohl* durch Kampf gegen die britische Militärpräsenz wie durch brutale Vertreibung der Palästinenser (ein nur scheinbarer Widerspruch, der natürlich in das eindimensionale Weltbild des Spartacusbundes nicht paßt). Er wird erhalten durch großzügige Spenden des US-Imperialismus und der internationalen zionistischen Agenturen - kombiniert mit der chauvinistischen Burgfriedensmentalität der hebräisch sprechenden Bevölkerung. Ohne natürliche Grenzen, hat Israels Militärmaschine eine ausgesprochen expansionistische Tendenz; und jedesmal, wenn ein Krieg ausbricht, begräbt die israelische Arbeiterklasse ihre beträchtliche ökonomische Militanz, um hinter „ihrer“ Bourgeoisie zu stehen. Israel ist ein klassisches Beispiel, wie der Nationalismus der Unterdrückten (verfolgte und ghettoisierte Juden Europas) in den Nationalismus der Unterdrücker umschlagen kann. Auch ein *tragisches* Beispiel: denn, wenn die proletarische Revolution nicht die nationale Frage in Palästina löst, ist die wahrscheinlichste Variante die Vernichtung von Israelis wie Palästinensern in einem lokalen Nuklearkrieg.

Unsere Differenzen mit dem Spartacusbund liegen nicht in erster Linie in der Einschätzung des reaktionären Charakters des Zionismus und seines Staates. Nationalismus und Rassismus sind *reaktionäre* Ideologien. Und er kennt oder müßte unsere Geschichte der Verteidigung von linken politischen Gefangenen in Israel kennen, unsere Unterstützung der Palästinenser gegenüber dem israelischen Staat, sowie unsere Perspektive der Errichtung eines arabisch-hebräischen Arbeiterstaates in Palästina (siehe: *KK* Nr. 7, Februar 1975). Vor allem ist der Spartacusbund oft genug von unserer Position „Dreht die Gewehre um, für revolutionären Defätismus auf beiden Seiten!“ zu den Nahostkriegen 1949, 1968 und 1973 konfrontiert worden.

Unsere Differenzen liegen auf der Ebene der beständigen politischen Kapitulation des Spartacusbundes vor den *arabischen* Bourgeoisien. Der Spartacusbund verleiht eine immerwährende – und damit faktisch politische – Unterstützung an die arabischen Staaten „im Kampf gegen Israel“. Das heißt, ihre Parole in Syrien, Irak, Ägypten etc. ist nicht: „der Hauptfeind steht im eigenen Land“, sondern: der Hauptfeind steht in Israel. Die reaktionären bürgerlichen – oft theokratischen –Regime in den arabischen Staaten werden hauptsächlich wegen ihrer mangelnden Aggressivität gegenüber Israel kritisiert.

Im September 1973 schrieb eine Gruppe von österreichischen Linkszentristen - eine trotzkistische Schulungsgruppe – eine Stellungnahme für den revolutionären Defätismus im jüngsten Nahost-Krieg. Abgesehen von dem überschwenglichen Stil war dieses Papier weitgehend politisch korrekt und verdient, ausgiebig zitiert zu werden:

„ ... Wer hat ein Interesse an diesem Völkermorden? Auf der einen Seite ein kriegerischer nationalistischer Taumel, der vorgibt, die Interessen aller Juden im Kampfe gegen die .blutrünstigen und barbarischen' Araber zu verteidigen, ein Chauvinismus, der vorgibt, die Interessen der ‚freien Welt' in diesem Gebiet der Erde zu vertreten. Auf der anderen Seite erblicken wir Staaten, die von nicht minderen nationalistischen Strömungen beherrscht werden, Staaten, die brutal jede Regung der Arbeiter und armen Bauern im eigenen Land unterdrücken, in denen das Volk nicht die primitivsten bürgerlichen Rechte besitzt, in denen die Frau unterdrückt wird wie im Mittelalter. Hier wird alles, was nur im entferntesten nach Kommunist aussieht, jede nationale Minderheit, die Rechte fordert, jeder Arbeiter, der streikt, jeder Student, der Freiheit der Wissenschaft fordert, kurz alles das, was die bestehenden Herrschaftsverhältnisse antasten könnte, schonungslos unterdrückt. Aber auch diese bürgerlich-feudalen Regierungen geben sich fortschrittlich, versuchen ihren Kampf gegen Israel unter der ‚anti-imperialistischen' Flagge zu führen ... Es ist eine abscheuliche Lüge, diese Regierungen als ‚anti-

imperialistisch' darzustellen, wenn wir doch genau wissen, daß die jordanische Armee, die von Saudi-Arabien, Libyen, Tunesien, Marokko ausschließlich mit Waffen kämpfen, die aus imperialistischen Staaten stammen" („Zu den Ereignissen im Nahen Osten", September 1973; Orthographie und Interpunktion von uns verbessert).

Wir bringen dieses lange Zitat ihrer Verfasser wegen – H. und M., die nach ihrem Bruch mit dem Trotzkismus zu den Gründern der IKL geworden sind. Damals verstanden sie genug vom Marxismus, um zu wissen, daß es sich bei dem Nahost-Krieg um eine Auseinandersetzung zwischen gleich reaktionären bürgerlichen Staaten handelte. Aber wie oft bei Zentristen: „wie gewonnen, so zerronnen".

Die IKL, die die verbindlichen Artikel für den Spartacusbund zur Nahost-Frage schreibt, löst das Problem ihrer Kriecherei vor der arabischen Bourgeoisie mit der Entdeckung des *imperialistischen* Charakters von Israel. Das Wirtschaftswunder des Jahrhunderts: war Israel 1974 „ ... nichts anderes als eine militärische, künstlich vom US-Imperialismus aufrechterhaltene Festung ..." (*Spartacus* Extra, Februar 1974), also so etwas wie der US-Stützpunkt Guantanamo auf Kuba, so ist Israel in nur fünf Jahren der Wirtschaftsmisere zur imperialistischen Macht geworden! Die Behauptung, daß Israels von ausländischen Subventionen abhängige, schwächliche Wirtschaft imperialistisch sei, ist so absurd wie die Behauptung, Syrien sei wegen der Besetzung Libanons als imperialistisch einzustufen. Daß Spartacusbund und IKL uns nie mit einer ökonomischen Analyse zur Begründung dieser These beglückt haben, verwundert nicht.

Israel ist ein Unterdrücker-Staat: genau wie Iran, Syrien, Jordanien, Irak usw. Auf der einen Seite haben wir die Vertreiber und Unterdrücker der Palästinenser, auf der anderen die Unterdrücker der Kurden, ebenfalls der Palästinenser und in Iran neben anderen auch der arabischen Minoritäten, die unter den Erdölarbeitern stark vertreten sind. Was würde der Sieg einer Koalition arabischer und anderer islamischer Staaten gegen Israel bedeuten (in einem Krieg, der nicht durch das Eingreifen des Imperialismus eine Dimension erhält, die den Rahmen eines israelisch-arabischen Krieges sprengt): die Verwandlung der hebräisch sprechenden Nation in ein unterdrücktes, im Endergebnis höchstwahrscheinlich ebenfalls vertriebenes Volk wie die Palästinenser. Aber könnten nicht wenigstens die Palästinenser die nationale „Befreiung" erwarten? Von den Verantwortlichen für das Massaker vom „Schwarzen September", von den Besetzern Libanons, von den Schlächtern der Kurden? Die Frage braucht nur gestellt zu werden, um sie zu beantworten. Nur die proletarische Revolution, nur die Errichtung eines binationalen Arbeiterstaats kann eine gerechte Lösung der Nationalitätenfrage in Palästina bringen. Eine Lösung auf bürgerlicher Ebene zu suchen, ist ebenso aussichtslos, wie es zwischen Türken und Armeniern oder auf dem Balkan Anfang des Jahrhunderts gewesen ist.

Leninismus und die nationale Frage

Die bürgerlich-demokratische Lösung der Kolonial- und Nationalitätenfrage ist die Errichtung eines Nationalstaates durch die betreffende Nation. Die *soziale* Befreiung der Unterdrückten ist eine sozialistisch-demokratische Aufgabe der proletarischen Revolution. Der Spartacusbund vermengt diese Aufgaben in den kolonialen- und neokolonialen Ländern, um die Führung *de facto* an kleinbürgerliche Nationalisten zu delegieren. So heißt es in *E* u. *P* Nr. 9:

„Eine marxistische Politik kommt aber nicht daran vorbei, den nationalen Bewegungen, d. h. auch den kleinbürgerlichen Führungen Unterstützung zu gewähren, sofern sie Anstalten machen, den Imperialismus aus dem Land zu vertreiben und die Aufgaben der demokratischen Revolution zu lösen."

Die pseudoradikalen bürgerlichen Regime der Dritten Welt spielen ausnahmslos mit anti-imperialistischer Demagogie: „afrikanischer Sozialismus", „arabische Revolution", sogar neuerdings islamische Revolution" – ohne solche Anstalten" läuft ja nichts. Kommunisten unterstützen nicht die nationalistischen Schlächter der Dritten Welt, weil sie irgendwelche anti-imperialistische ‚Anstalten" machen, sondern unterstützen konkrete anti-imperialistische *Taten* militärisch. Die bürgerlichen Führungen kritisieren und bekämpfen wir dabei schonungslos. Deswegen haben wir Ägypten 1956, nach der Nationalisierung des Suez-Kanals, militärisch gegen die britisch-französisch-israelische Intervention verteidigt, ohne daß wir *je* Nasser unterstützt haben. Es ist folgerichtig von seinem Standpunkt, daß der Spartacusbund aus unserer „Unterstützung aller Aktivitäten (auch wenn wir sie politisch für fehlgeleitet halten), die sich gegen die Repressionsgewalt des zionistischen Staates richten, einschließlich der bewaffneten Aktionen der palästinensischen Kommandoeinheiten" *(KK* Nr. 7) schlußfolgert, daß wir die PLO unterstützen. Wir unterstützen selbstverständlich *nicht* Arafat und sein Programm, wir unterstützen *nicht* die Möchtegern-Bourgeoisie eines „demokratischen" Palästinas, wir unterstützen – im militärischen, nicht im politischen Sinne – Aktionen, die sich gegen die Repressionsgewalt des zionistischen Staates richten – wie wir verständlich genug geschrieben haben. Offensichtlich kann der Spartacusbund nicht unterscheiden zwischen etwa dem Anti-Zionismus der unterdrückten Palästinenser und dem „Antizionismus" der arabischen Bourgeoisie und der PLO-Führung!

Die „Rekonstruktion des Programms"

Typisch für die „Methodik" des Spartacusbundes ist es, Begriffe des Leninismus/Trotzkismus so zu verwässern, daß sie als Deckung für seine opportunistischen Gelüste benutzt werden können. In der nationalen Frage ist es der Begriff des „anti-imperialistischen Kampfes", der so diffus gefaßt wird, daß er jede vorgeblich „progressive" nationale Bourgeoisie in der dritten Welt unterstützen kann, sobald diese .Anstalten" machen, anti-imperialistische Phrasen in den Mund zu nehmen. Die „Rekonstruktion des Programms" ist nichts anderes als eine Demontage des Marxismus.

Der Spartacusbund behauptet: , Durch das Versagen der IV. Internationale ist zum ersten Mal in der Geschichte der

kommunistischen Bewegung die programmatische Kontinuität abgerissen" (E &P Nr. 9, Hervorhebung vom Spartacusbund). Dieses „Versagen" ist wohlgemerkt nicht der Sieg von Pablos Fraktion auf dem Driften Weltkongreß 1951, sondern setzt praktisch sofort mit Trotzkis Tod ein. Diese Position wird begründet mit einem im wesentlichen *konjunkturellen* Verständnis des Programms: *„Wesentlich* geprägt ist das Übergangsprogramm durch die konkrete Situation, in der es geschrieben wurde, das Bevorstehen des 2. imperialistischen Weltkriegs und die strategische Erwartung, daß im Verlauf dieses Krieges das kapitalistische Weltsystem endgültig gestürzt und der Stalinismus hin weggefegt werden würde" (Hervorhebung von uns).

Das ist einfach Quatsch – kein Marxist hat je ein *konjunkturelles* Programm geschrieben. *Wesentlich* ist das Übergangsprogramm eine Zusammenfassung der marxistischen Programmatik im Zeitalter des Imperialismus.

> „Wir haben oftmals wiederholt, daß der wissenschaftliche Charakter unserer Aktivität in der Tatsache besteht, daß wir unser Programm *nicht an die politische Konjunktur* oder an das Denken oder die Stimmung der Massen, wie diese Stimmung heute ist, anpassen, sondern daß wir unser Programm der objektiven Situation, wie sie *von der objektiven Klassenstruktur der Gesellschaft dargestellt wird, anpassen" {The Transitional Program for Socialist Revolution,* Hervorhebung von uns).

Unsere Aufgaben, unsere Methodik, Strategie und Taktik sind *wesentlich* die von Lenin und Trotzki (und nicht nur unsere Prinzipien). Daß Trotzkis Prognosen über das Tempo und den Ausgang revolutionärer Entwicklungen am Schluß des Zweiten Weltkrieges nicht positiv eingetroffen sind (die Gelegenheiten gab es, der subjektive Faktor der Partei war zu schwach), macht eine grundsätzliche „Rekonstruktion" des trotzkistischen Programms ebensowenig nötig wie Marxens revolutionär-optimistische Prognose 1848 das Kommunistische Manifest drei Jahre später ungültig machte. Trotzki hat, im Gegensatz zum Spartacusbund oder Michel Pablo oder Ernest Mandel, nie eine *Automatik* revolutionärer Ereignisse angenommen. In einem kurz vor seinem Tod verfaßten Fragment schrieb Trotzki:

> „Könnten nicht die Stalinisten an der Spitze einer neuen revolutionären Erhebung auftauchen, und könnten sie nicht die Revolution zugrunde richten, wie sie es in Spanien und früher in China getan haben? Es ist natürlich unstatthaft, eine solche Möglichkeit auszuschließen, zum Beispiel in Frankreich. Die erste Welle der Revolution hat oft, oder richtiger, immer diejenigen ‚linken' Parteien nach oben getragen, denen es nicht gelungen ist, sich in der vorhergehenden Periode gänzlich zu diskreditieren, und die eine imposante Tradition hinter sich haben. So hat die Februarrevolution die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre hochgehoben, die am Vorabend Gegner der Revolution waren. So hob die deutsche Revolution im November 1918 die Sozialdemokratie an die Macht, die der unversöhnliche Gegner revolutionärer Erhebungen war" *(Writings 1939-40).*

Trotzki verstand, daß nur der *subjektive Faktor,* die Partei, den Sieg der proletarischen Weltrevolution gewährleistet. Und der subjektive Faktor in Europa und Asien war vom faschistischen und stalinistischen Terror brutal dezimiert worden. Die Einschätzung des Spartacusbundes ist ein *Hohn* auf die Märtyrer der französischen Trotzkisten, die eine revolutionär-defaitistische Zeitung (*Arbeiter und Soldat)* unter Wehrmachts-Besatzungstruppen zirkulierten und dafür mit ihrem Leben bezahlten. Für die Geschichtsklitterung des Spartacusbundes sind *die Hunderte* von griechischen und vietnamesischen Trotzkisten ohne jede Bedeutung, die während revolutionärer Erhebungen von den Stalinisten abgeschlachtet worden sind, als sie die verräterische pro-imperialistische Volksfrontpolitik der Stalinisten bekämpften (siehe: „Ursprünge desPabloismus",5par/acwi, deutsche Ausgabe, Nr. 3, März 1975). Kontinuität, ach wo! Wo waren die brillanten Intellektuellen, die die „neuen Aufgaben" schöpferisch analysierten und bestimmten? Erst mit der Gründung des Spartacusbundes hat es wieder Marxismus gegeben!

Wenn wir sagen, daß unser Programm das Programm Trotzkis ist, heißt das, daß Revolutionäre deswegen zu denken aufhören dürfen – wie der Spartacusbund uns als „logische" Konsequenz unterstellt? Keineswegs. Die Tatsache, daß unsere Aufgaben immer noch die von 1938 sind, heißt nicht, daß man als Kommunist die jeweilige Lage nicht analysieren muß, wenn man diese Aufgaben durchführen will. Es ist keineswegs so, daß wir „das Übergangsprogramm mit einem zeitlosen, jenseits aller konkreten Klassenkämpfe stehenden Charakter" ausstatten (*E&P,* Nr. 9). Das Übergangsprogramm ist sehr wohl zeitlich begrenzt, „konkret": Es ist in konzentrierter, geraffter Form die Programmatik von Revolutionären für die Niedergangsepoche des Kapitalismus. Sein Fundament sind die ersten vier Weltkongresse der Kommunistischen Internationale, und es zieht die Lehren aus den großen Klassenkämpfen der zwanziger und dreißiger Jahre - aus der chinesischen Revolution 1927, dem britischen Generalstreik, dem Sieg des Faschismus in Italien und Deutschland, dem spanischen Bürgerkrieg, und es zieht auch die wesentlichen Schlußfolgerungen aus der Degenerierung der Sowjetunion zu einem bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat. Es ist nicht das Programm für den

deutschen Bauernkrieg, aber auch nicht das Programm des kommunistischen Weltsowjets.

Die Genossen des Spartacusbundes sollen uns endlich – gut zehn Jahre nach Entstehung ihrer (Vorläufer-)Organisation – erklären, welche „wesentlichen" (nicht konjunkturellen) Elemente des Übergangsprogramms „wesentlich" durch welche „wesentlichen" Entwicklungen nach Anfang des Zweiten Weltkrieges (z.B. durch den Sieg der Roten Armee bei Stalingrad) überholt worden sind! Was Schmeißt man über Bord? Was ist veraltet?

Der Kern dieses ganzen *Unwesens* ist, daß der Spartacusbund, wie VS-Theoretiker Ernest Mandel, eine Theorie des Neokapitalismus vertritt. Überall gibt es „neue Weltrealitäten" – um die geflügelten Worte von Michel Pablo zu benutzen. So findet der Spartacusbund die „Rekonstruktion des kapitalistischen Weltmarktes und die ungeahnte Wachstumsphase des Imperialismus im Gefolge des 2. imperialistischen Krieges..." besonders analysierenswert. Nicht gerade originell! Zwischen 1945 und dem Kollaps des Währungssystems von Bretton Woods 1971 gab es schlicht eine ökonomische *Pax Americana:* Die hegemonialen USA schufen einen imperialistischen Weltmarkt nach dem eigenen Bilde. In dieser Periode war das Durchschnitts Wachstum der imperialistischen Staaten keineswegs „ungeahnt", die USA und besonders Britannien sind hervorstechende Gegenbeispiele. Und das „Wirtschaftswunder" Westdeutschland erfolgte aufgrund von extrem niedrigen Löhnen und langen Arbeitszeiten bis Ende der fünfziger Jahre, einer hohen Ausbeutungsrate in einem industriell hochentwickelten Land, durch die SPD als politische Polizei in der Arbeiterbewegung garantiert. Wir empfehlen den Spartacusbundlern, denken zu lernen.

Aber hat es nicht neue Fragen für Marxisten nach 1938 gegeben, neue Entwicklungen, die eine Erweiterung, eine Ausdehnung der marxistischen Theorie erforderten? Natürlich. Und gerade diese Fragen erfordern nicht eine „Rekonstruktion" des Programms, sondern eher eine .Addition" auf marxistischer Grundlage. Am wichtigsten war die Schaffung deformierter Arbeiterstaaten nach 1945 durch die Rote Armee und durch Guerillabewegungen in China, Vietnam und Kuba. Und zu dieser Frage möchten wir mit einem gewissen Stolz behaupten, daß die Analyse der kubanischen Revolution durch *die Revolutionär}) Tendency* der SWP, Kern der Spartacist League/U.S., wesentlich zur Lösung dieser Problematik im marxistischen Sinne beigetragen hat. Aber wir erkennen auch, daß diese Erweiterung der marxistischen Theorie nicht aus *dem Nichts* erfolgte – ≥sondern daß wir gelernt haben, beispielsweise, von Trotzkis Analyse der russischen Invasion Polens und Finnlands und von Cannons (unzulänglicher und national beschränkter) Opposition gegen die amerikanischen Statthalter Michel Pablos, die Cochran/Clarke-Fraktion (siehe auch: „Stalinismus in Kuba", Teil I in *KK* Nr. 14, Juni 1976 und Teil II in *KK Nr.* 15, September 1976).

Reformismus und Volksfrontpolitik

Manche unserer Differenzen mit dem Spartacusbund wollen wir hier nur streifen – genug ist dazu schon geschrieben worden. Es ist bekannt, daß wir Volksfronten als *bürgerlichen* Formationen jede politische Unterstützung verweigern - genau wie Lenin der „Provisorischen Regierung" im Jahre 1917. Daß der Spartacusbund beständig für die Kerenskis und die provisorischen Regierungen von heute stimmt (Chile, Frankreich, Portugal), dürfte auch hinlänglich bekannt sein.

Der Spartacusbund charakterisiert die Volksfront als „eine *spezielle Form* der (reformistischen) Klassenkollaboration ..." und die SPD als *‚4urch und durch* bürgerliche Partei, die sich auf die Arbeiter stützt". Diese Bezeichnungen stellen die Frage genau auf den Kopf. Für Trotzkisten sind Volksfronten bürgerliche – nicht reformistische - Bündnisse. Klassenkollaboration begehen die *Arbeiterorganisationen,* die an diesem „politische(n) Bündnis des Proletariats mit der Bourgeoisie" (Trotzki) teilnehmen. Eine „durch und durch bürgerliche Partei" (egal, ob sie sich, wie historisch die Peronisten, auf die Arbeiter stützt) kann nicht Klassenkollaboration begehen durch Zusammenarbeit mit dem *bürgerlichen* Staat oder mit *bürgerlichen* Parteien, mit ihrer *eigenen* Klasse. Klassenkollaboration mit der Bourgeoisie können nur Gebilde betreiben, die in irgend einer Art noch eine organisatorische Unabhängigkeit des Proletariats darstellen: bürgerliche *Arbeiterparteien,* reformistisch geführte Gewerkschaften, oder auf einer anderen Stufe, deformierte oder degenerierte Arbeiterstaaten. Kritische Wahlunterstützung ist eine *mögliche* Taktik gegenüber Parteien, die in deformierter Weise eine unabhängige Organisierung des Proletariats darstellen. (Bestes Kriterium hierfür ist eben die organische Beziehung solcher Parteien zu den Gewerkschaften.) Eine Stimme für ein bürgerliches Bündnis mit der Arbeiterklasse als Geisel, für die Volksfront, ist dagegen . nichts anderes als eine Übertretung der Klassenlinie.

Die Losung der Arbeiterregierung: Eine Geschichte der Fälschung

Die iST-Position, daß die Arbeiterregierung nur eine revolutionäre Räteregierung sein kann – und nicht die Diktatur der Bourgeoisie – haben wir in unseren Publikationen hinlänglich ausgeführt (Für eine ausführliche Behandlung dieser Frage siehe *Spartacist Britain* Nr. 11, Mai 1979). Hier wollen wir nur auf die Geschichte von Fälschungen eingehen, die dem Spartacusbund in der Frage der Arbeiter- und Bauernregierung anhaftet. 1975 veröffentlichte er eine Übersetzung des Übergangsprogramms (aus dem Englischen) mit verschiedenen „Schriften zum Programm" von Trotzki. In einer Schlüsselstelle der Übersetzung lautet es zur „Arbeiter- und Bauernregierung":

> *„Die Formel der ‚Arbeiter- und Bauernregierung' tauchte zum ersten Mal 1917 in der Agitation der Bolschewiki auf und wurde endgültig nach dem Oktoberaufstand angenommen./«* diesem Falle *(unsere Hervorhebung) stell-*

te sie nur *eine* populäre Bezeichnung der bereits errichteten Diktatur des Proletariats dar.“ Eine wörtliche Übersetzung des englischen Textes lautet:

„Diese Formel, Arbeiter- und Bauernregierung', erschien erstmals 1917 in der Agitation der Bolschewiki und wurde definitiv nach der Oktoberrevolution angenommen. *Letzten Endes* (in the final instance) *stellte sie nichts anderes als* (nothing more than) *die populäre Bezeichnung der bereits errichteten Diktatur des Proletariats dar“* (Hervorhebung von uns).

(Ein Vergleich mit der Übersetzung in der Ausgabe des Übergangsprogramms vom Räte-Verlag, die angeblich nach dem russischen Urtext gemacht worden ist, bestätigt unsere Übersetzung.)

Die Gegenüberstellung zeigt eindeutig die Haltung Trotzkis zu der Losung, und den Versuch des Spartacusbundes, Trotzkis Position zu verballhornen. Trotzki wiederholte seine Position in einer Diskussion mit einem amerikanischen Genossen im Juli 1938 (bezeichnenderweise nahm der Spartacusbund diesen Text nicht in „Schriften zum Programm“ auf):

„Das Wichtige ist, daß wir selbst verstehen und den anderen verständlich machen, daß die Bauern, die ausgebeuteten Bauern nicht anders vor völligem Ruin, Degradierung und Demoralisierung bewahrt werden können als durch eine Arbeiter- und Bauernregierung' und daß diese nichts anderes ist als die Diktatur des Proletariats, daß diese die einzig mögliche Form einer Arbeiter- und Bauernregierung ist“ *(The Transitional Program for Socialist Revolution,* S. 159-160).

Wir können nur wiederholen, daß unsere Position noch die von Trotzki ist, daß wir z. B. Sinowjews Konfusion auf dem Vierten Weltkongreß nicht als der Wahrheit letzte Instanz betrachten.

Die Spartacusbund-Tradition der Fälschung ist aber zur Frage der Arbeiterregierung noch um einiges reicher. In *E&P* Nr. 3 (Mai 1975) veröffentlichte er eine Übersetzung von Edmund Samarakkodys „Kampf für den Trotzkismus in Ceylon“. Genosse Edmund, ein trotzkistischer Veteran und Führer der Revolutionary Workers Party (RWP) von Sri Lanka, schrieb diesen Beitrag für die englische Ausgabe von *Spartacist* (Nr. 22, Winter 1973-74).

Der Spartacusbund druckte diesen wichtigen Beitrag zur Geschichte des Trotzkismus mit zahlreichen Übersetzungsfehlern ab, ohne um Erlaubnis zu fragen (weder bei Genosse Edmund noch bei der SL/U.S.). Am wichtigsten war aber die *Vertuschung von Edmunds Position zur Arbeiter- und Bauernregierung* (eine zentrale Frage für die RWP in ihrer Auseinandersetzung mit der reformistischen, pseudo-trotzkistischen LSSP). Der Absatz, in dem Edmund, bezugnehmend auf Trotzki, die Arbeiter- und Bauernregierung mit der Diktatur des Proletariats gleichsetzt, wurde „vergessen“. In einem Protestbrief (abgedruckt in *Spartacus*, 20. Dezember 1976) schrieb Edmund: „Wir bedauern feststellen zu müssen, daß Ihr wichtige Auslassungen bei der Herausgabe des Dokuments gemacht habt und daß auch Eure Übersetzungsfehler den Text politisch verfälscht haben ... Nehmt bitte zur Kenntnis, daß wir betonen wollen, daß die Forderung der ‚Arbeiter- und Bauernregierung' für Trotzki und die Bolschewiki die populäre Bezeichnung für die Diktatur des Proletariats ist.“

Die Redaktion des *Spartacus* entschuldigte die Unterlassungen mit der Bemerkung, daß sie „nicht auf bewußten Verfälschungen, sondern auf Nachlässigkeiten bei der Endredaktion“ beruhten. Jedoch klingt diese Ausrede recht unglaubwürdig, da die Übersetzung von Edmunds Brief – der auch das obengenannte Trotzki-Zitat zur Arbeiterregierung enthält – *erneut* falsch, nach der Spartacus-Ausgabe des *Übergangsprogramms* übersetzt worden ist. So viel „Nachlässigkeit“ hat Methode.

Fassen wir zusammen: Die kritische Wahlunterstützung („wie der Strick den Gehängten“) einer bürgerlichen Arbeiterpartei, die unabhängig von bürgerlichen Parteien kandidiert – ist eine *mögliche* Taktik, um die Arbeiterklasse von ihrer traditionellen Führung zu brechen. Die *parlamentarische* Regierung einer solchen Partei ist eine bürgerliche Regierung, und Kommunisten übernehmen dafür keine Verantwortung. Die Stimmabgabe für eine bürgerliche Partei oder eine Koalition von bürgerlichen Parteien mit Arbeiterparteien ist einfach Klassenverrat: wir richten die Forderung an solche Arbeiterparteien, als *Vorbedingung* einer kritischen Unterstützung, mit ihren bürgerlichen Bündnispartnern zu brechen. Für uns wie für Trotzki ist die Arbeiterregierung letzten Endes nichts als die populäre Bezeichnung der Diktatur des Proletariats. Wenn die alte Führung des Proletariats noch die Kontrolle über die Massen in Organen der Doppelherrschaft besitzt, rufen wir sie auf: ‚3recht mit der Bourgeoisie, nehmt die Macht in eure eigenen Hände“, obwohl wir gleichzeitig sagen: „Die Erfahrung von Rußland hat gezeigt, und die Erfahrung von Spanien und Frankreich hat es erneut bestätigt, daß die Parteien der kleinbürgerlichen Demokratie (Sozialrevolutionäre, Sozialdemokraten, Stalinisten, Anarchisten) selbst unter sehr günstigen Bedingungen nicht in der Lage sind, eine Regierung der Arbeiter- und Bauern zu bilden, d. h. eine von der Bourgeoisie unabhängigen Regierung“ (Trotzki).

China in Vietnam: Handlanger des US-Imperialismus

Die VR China macht seit mehreren Jahren deutlich, daß sie die Sowjetunion für den Hauptfeind im Weltmaßstab erachtet. China hatte schon den Massenmörder Nixon auf dem Höhepunkt der Terrorbombardierung Vietnams empfangen. Sie hat die „mangelnde Kriegsbereitschaft“ der NATO kritisiert und diesem imperialistischen Bündnis vorgeworfen, „weich“ gegenüber dem „sowjetischen Sozialimperialismus“ zu sein. Die maoistischen Organisationen unterstützen international – in Deutschland am konsequentesten die KPD - ihren eigenen Imperialismus gegen die Sowjetunion. Kürzlich warnte China die Vereinigten Staaten: jede „Hoffnung, durch ein neues Abkommen das nukleare Wettrüsten der Sowjetunion einzudämmen', ist vergebens“ *(Beijing Rundschau* Nr. 22, 5. Juni). Also, die USA sollen bitteschön ihre nukleare Aufrüstung gegen die Sowjetunion vorantreiben. Sogar der taub/stumm/blinde Spartacusbund hat bemerkt, daß China „jede Feindschaft gegenüber dem US-Imperialismus“ aufgegeben hat. „Heute gibt es nur mehr einen ‚Feind der Menschheit' – die Sowjetunion und ihre Verbündeten“ *(Spartacus* Nr. 51, März).

Aber der Spartacusbund war schockiert von der iST-Position zum chinesischen Einmarsch in Vietnam: „China raus aus Vietnam – jetzt! China darf nicht den Vereinigten Staaten die Kastanien aus dem Feuer holen! Die Sowjetunion muß ihren Beistandspakt einhalten!“ Was, meinen die Genossen, hat Deng in den USA eigentlich gemacht – nur Rodeo-Auftritte? Was hat das zu bedeuten, wenn Deng die USA, Japan, Westeuropa auffordert, sich mit China zusammenzuschließen, „um den Eisbären zu bändigen“? Was soll Dengs Gerede von der „Lektion“, die dem „Kuba Asiens“ erteilt werden mußte? Wenn Washington zugibt, von der chinesischen Invasion im voraus informiert gewesen zu sein, wer hat die Sache ausgeplaudert? Antwort des Spartacusbundes, den Kopf im Sand: es kann „heute nicht die Rede sein von einem

direkten Bündnis zwischen der VR-China und dem US-Imperialismus“ (*Spartacus* Nr. 51). Offensichtlich muß Brzezinski mit einer Einheit „Green Berets“ in Ho-Tschi-Minh-Stadt landen, bevor es dem Spartacusbund aufgeht, weswegen Deng mit so großem Vergnügen seinen Cowboy-Hut trug.

Wie reagierte der US-Imperialismus auf die Invasion? Erstens, indem er die gleiche Forderung wie China erhob – Vietnam raus aus Kambodscha, China raus aus Vietnam. Schön miteinander verbunden (jede Ähnlichkeit mit der Haltung des Spartacusbundes ist sicherlich rein zufällig!). Zweitens haben die USA eine militante Haltung eingenommen – gegen die Sowjetunion! An dem Tag nach Dengs Invasion von Vietnam, sogar bevor Moskau eine öffentliche Stellungnahme abgeben konnte, hat Washington die Sowjetunion vor einer „Erweiterung des Kriegs“ gewarnt – d. h. vor jedem Gegenangriff auf China. Rückendeckung nennt man das.

Entgegen der Vogel-Strauß-Haltung des Spartacusbundes, ist China dabei, in die US-geführte Weltallianz gegen die Sowjetunion einzusteigen. Diese Tatsache wurde von Henry Kissinger offen zugegeben, der, da nicht mehr im Amt, sich über Weltmacht-Beziehungen nicht mehr diplomatisch zurückhaltend zu äußern braucht:

> „Einerseits werden die meisten wichtigen Länder der Welt (die Vereinigten Staaten, Westeuropa, China und Japan) auf der einen Seite gruppiert sein und die Sowjetunion auf der anderen. Es ist gut möglich, daß dies in Moskau als ein Potential für Einkreisung angesehen wird“ *(Economist, 3.* Februar).

Die chinesische Invasion Vietnams hat die Gefahr eines dritten Weltkriegs heraufbeschworen, mit der Sowjetunion auf der einen, und einem imperialistischen Bündnis *mit China* auf der anderen Seite. Diese Tatsache will der Spartacusbund nicht sehen. *Nur* die Sowjetunion ist unter den degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten militärisch und ökonomisch ein Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten. Deswegen Washingtons Interesse an der chinesischen Karte, um die zwei wichtigsten nichtkapitalistischen Länder gegeneinander auszuspielen. Aber auch Chinas Interesse an einem Bündnis mit den Vereinigten Staaten beruht auf diesem Kräfteverhältnis. Die Sowjetunion könnte China militärisch im Alleingang besiegen – China umgekehrt die UdSSR nur im Bündnis mit imperialistischen Mächten. Der Unterschied liegt nicht darin, ob die stalinistische Bürokratie Chinas oder die der Sowjetunion reaktionärer, klassenkollaborationistischer ist – da besteht kein qualitativer Unterschied zwischen Breschnjew und Deng. Vielmehr wissen die Imperialisten, daß die Sowjetunion die Hauptbastion des Teils der Welt ist, wo revolutionäre Erhebungen den Kapitalismus hinweggefegt haben. Und China ist bereit, gegen die Sowjetunion zu kämpfen. Doch die Vernichtung der Sowjetunion wäre nur der Auftakt eines allgemeinen imperialistischen *roll-backs.* Dies verleiht der „chinesischen Karte“ ihre reaktionäre Bedeutung.

Der Grenzkonflikt zwischen Vietnam und Kambodscha stellte dagegen *nicht* die Frage eines imperialistischen Weltkonflikts gegen die Sowjetunion. Zwei stalinistische Bürokratien haben sich in einem schmutzigen Krieg verwickelt – Vietnam gewann (unter anderem wegen der Unterstützung von einigen zehntausenden kambodschanischen Flüchtlingen). Ist jetzt die *nationale Frage* in Kambodscha ausschlaggebend? Gerade *diese* Frage ist noch nicht von der Geschichte entschieden worden. Der Spartacusbund, der inzwischen zugibt, den Terror des Pol-Pot-Regimes als „Greuelmärchen der bürgerlichen Presse“ abgetan zu haben, scheint dieser Meinung zu sein: er erhob die Losung „„... die Vietnamesen müssen Kambodscha umgehend verlassen“ *(Spartacus* Nr. 50, Februar). Aber diese Losung ist ebensowenig revolutionär-defätistisch auf beiden Seiten des Vietnam / Kambodscha-Konflikts wie es die Losung „die Deutschen müssen Frankreich umgehend verlassen“ 1915 gewesen wäre! Wenn die Präsenz der vietnamesischen Truppen in Kambodscha heute die *zentrale,* übergreifende Frage ist, impliziert sie die *militärische* Unterstützung von Pol Pot (der seine Bereitschaft mehrfach erklärt hat, mit Lon-Nol-Anhängem und anderen bürgerlichen Elementen gegen die Vietnamesen zu kämpfen). Aber die Spartacusbund-Führung versteht ihre eigene Losung nicht. Sie zieht sich auf vertrauteren Boden zurück und fabriziert eine (von uns nicht vertretene) iST-Unterstützung für die vietnamesische Invasion *(Spartacus* Nr. 52, Mai).

Militärische Verteidigung der Arbeiterstaaten

Die militärische Verteidigung der degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten ist längst aus dem Bewußtsein der Spartacusbund-Führer gewichen. Ihre Anti-AKW-Hysterie hat dazu geführt, diesen Grundsatz des Trotzkismus zu vergessen. Der Spartacusbund polemisiert dagegen, daß wir die „Notwendigkeit einer Atomwaffentechnologie (einschließlich aller notwendigen dazugehörigen Testprogramme) für

die Sowjetunion, China, Vietnam und die anderen deformierten Arbeiterstaaten" verteidigen. Er höhnt im klassischen Stil eines Shachtman, wir begründeten:

„ ... schematisch ... aus der allgemeinen Notwendigkeit der militärischen Verteidigung eines Arbeiterstaates, auch wenn er bürokratisch deformiert ist, auch die Notwendigkeit einer atomaren Verteidigung'...".

Begründung:

„Wenn es soweit kommt, daß die SU sich mit Atomwaffen verteidigen' muß, brauchen sich Marxisten allerdings nicht mehr den Kopf über die proletarische Weltrevolution zu zerbrechen" (E & P Nr. 9).

Dieser pazifistische Glaube an die Gütigkeit der imperialistischen Bourgeoisie ist unglaublich bei Leuten, die sich auf Trotzki berufen. Ein nuklearer Weltkrieg bedeutet die Barbarei, wenn nicht die Zerstörung der Menschheit. Aber warum, glauben die Herren Halbpazifisten, haben die Vereinigten Staaten nicht längst ihr Atomarsenal gegen die Sowjetunion, China, Vietnam, Kuba und die anderen Arbeiterstaaten eingesetzt? Sollen die Verantwortlichen für Hiroschima und Nagasaki von der Vernunft' und .Friedensliebe' ergriffen worden sein? Nein, weil den Imperialisten ein Atomkrieg mit der Sowjetunion bisher zu *teuer* gewesen war; weil die Sowjetunion ebenfalls auf dem höchsten Stand der Waffentechnologie gestanden hat. Wie, meint der Spartacusbund, würden die USA auf eine Sowjetunion reagieren, die auf dem militärischen Stand des Bürgerkriegs 1918-20 gerüstet wäre? „Nuke 'em back to the stone age!" – um eine weitverbreitete Formulierung der fünfziger Jahre zu zitieren.

Nur die proletarische Weltrevolution kann die Menschheit vor einem atomaren Holocaust retten – aber nur, wenn die deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten ausreichend gerüstet sind, um die Imperialisten von einem Vernichtungsschlag abzuschrecken. Trotzkis Worte bleiben voll gültig:

„Abrüsten?' – Aber die ganze Frage dreht sich darum, wer wen entwaffnen wird. Die einzige Abrüstung, die den Krieg abwenden oder beenden kann, ist die Entwaffnung der Bourgeoisie durch die Arbeiter. Um aber die Bourgeoisie zu entwaffnen, müssen sich die Arbeiter selbst bewaffnen" (*Übergangsprogramm).*

Aber vielleicht ist der Atompazifismus ein erstes Ergebnis der Rekonstruktion des Programms!

Fakten, Fraktionen und politische Methode

Der Spartacusbund hat drei linke Fraktionen in den Jahren 1974–77 bürokratisch ausgeschlossen, weil Genossen nach langjähriger Mitgliedschaft zu dem Schluß kamen, daß der Spartacusbund politisch bankrott war. Sie wurden wegen „Gedanken verbrechen" ausgeschlossen. Diese Genossen sind zu uns gekommen: Organisatoren, Studentenaktivisten, Mitglieder von Ortsleitungen, eine ganze Gewerkschaftsfraktion. Die Genossen kamen von einer schlechten Schule – jahrelangem Verschleiß, Cliquenwirtschaft, sinnlosen Spaltungen und Fusionen ausgesetzt, die nur neue Spaltungen vorbereiteten. Manche dieser Genossen haben es bei uns geschafft, manche nicht. Die, die es geschafft haben, stellten fest, daß die politischen Anforderungen, das politische Kaderverständnis, das politische Niveau in der iST qualitativ höher ist als in KJO, IKD, Spartacus-BL oder im Spartacusbund. Viele, die diesen Sprung *nicht* geschafft haben, stellten die gleiche Tatsache fest.

Eine Organisation, die auf linke Kritik nur mit Ausschlüssen antworten konnte, sollte lieber die Finger von Vorwürfen des „Bürokratismus" lassen: *Wir* haben nie jemanden wegen seiner politischen Positionen ausgeschlossen! Eine sehr stolze Feststellung. Aber unter dem Müll zum Thema „Demokratischer Zentralismus" gab es eine Verleumdung, die wir gerne beantworten möchten – weil sie mehr ist, als Gerüchtekocherei. Die Indizien (zumindest unsererseits) sind *allen* zugänglich - jedem Mitglied des Spartacusbundes, jedem Mitglied der GIM, jedem Mitglied anderer Organisationen, wenn es sein muß. Spartacus-BL soll nämlich 1972 von ausgetretenen Genossen der SL/U.S. gehört haben, daß:

„ ... Fraktionen nur dann gebildet werden können, wenn sie neben einer alternativen Politik (Plattform) eine *vollständige* alternative Führung für die Organisation stellen kann. Durch diese Verordnung ist die Freiheit der Kritik nach innen (!) massiv eingeschränkt" *(E & />*Nr. 9).

Genossen, die Statuten der SL/U.S. sind *öffentlich. Sie* sind seit *zehn Jahren* zugänglich als „Provisional Organizational Rules and Guidelines" (*Basic Documents of the Spartacist League).* Die Regeln, die darin zu Fraktions- und Tendenzkämpfen enthalten sind, sind *jeder* Minderheit gewährleistet, ob sie aus einem Genossen oder aus 49 Prozent der Organisation besteht. Hier die relevanten Stellen:

„Artikel IV: Konferenzen

5. Im Falle von politischen Differenzen, die sich in gegensätzlichen Resolutionen ausdrücken, wird die Wahl der Delegierten in den Ortseinheiten auf der Grundlage genauer Verhältniswahl erfolgen. Die proportionale Aufteilung der Delegierten hängt von der Zahl der Stimmen für die entsprechenden gegensätzlichen Resolutionen ab.

Artikel V: Zentralkomitee

2…Wenn bei der Wahl des ZK gegensätzliche, politische Gruppierungen existieren, wird die Konferenz die Verhältniswahl mit der Einschränkung einführen, daß eine Mehrheit auf der Konferenz mindestens auf drei Fünftel der ZK-Sitze Anspruch erheben kann." (*Marxist Bulletin* Nr. 9, 2. Auflage)

Also, jedem Mitglied unserer Organisation ist schriftlich proportionale Vertretung bei Fraktions- und Tendenzkämpfen garantiert – bei der Delegiertenwahl und im ZK. Und eine Minderheit konstituiert sich selbstverständlich *selbst,* durch einen Klärungsprozeß zwischen gleich oder ähnlich denkenden Genossen, der durch *private* politische Diskussion erfolgt. Diese Normen waren für *die Revolutionary Tendency* gerade im Kampf gegen unseren bürokratischen Ausschluß aus der SWP von erheblicher Bedeutung (Siehe Mage, Robertson, White: „For the Right of Organized Tendencies to Exist within the Party", 25. März 1973, *Marxist Bulletin* Nr. 4, Teil I).

Der Spartacusbund hat unseres Wissens *nie Statuten gehabt,* aber wir kennen die von Spartacus-BL (abgedruckt als Beilage zum *Gemeinsamen Internen Bulletin von Spartacus & Spartacus-BL* Nr. 3, 25. Januar 1974). Wie steht's mit den Rechten von Minderheiten? Zur Delegierten wähl: „Bei der Wahl sind Minderheiten und Fraktionen zu berücksichtigen." (?) Also, kein *Recht* auf *proportionale* Vertretung. Aber vielleicht ist die Sache im ZK klar: „Fraktionen haben Antragsrecht für leitende Organe und für die Bundeskonferenz und die Pflicht, Kandidaten für leitende Organe aufzustellen". Also auch kein *Recht* auf proportionale Vertretung im ZK, sondern die *Pflicht,* Kandidaten für leitende Organe aufzustellen. Welche? Wie viele? Wer und wie viele werden dann tatsächlich angenommen? Die Entscheidung obliegt offenkundig der Gunst der *Mehrheit.*

Woher stammen diese phantastischen Geschichten über das innere Leben der iST? Einzige angegebene Quelle ist der Brief von Nick Benjamin an Spartacus-BL vom November 1972. Benjamin ist im Sommer 1972 aus der SL/U.S. mit einigen Freunden ausgetreten, die dem Druck der Transformation der Spartacist League von einer Sub-Propagandagruppe zu einer aktiven, stabilen Organisation von mehreren hundert Genossen nicht standgehalten haben. Sie sind inzwischen fast spurlos in Zirkelwesen oder Inaktivität versackt. Als Benjamin an BL schrieb, war er sicherlich kein Freund der SL mehr. *Aber als wir in BLs saumäßiger Übersetzung seines Briefes nachschlugen, suchten wir vergebens nach einer Darstellung, die sich mit dem Vorwurf zum Fraktionsrecht deckt, der von dem Spartacusbund gemacht wird* {*Internes Bulletin für Intermtionale Kontakte,* Spartacus Bolschewiki-Leninisten, Nr. 1, 16. Dezember 1972).

Eure Führung lügt, Genossen des Spartacusbundes. Das gesamte Material zu diesem Fall ist damals Spartacus-BL zugänglich gemacht worden. Statt Horrorgeschichten mit den Worten „wir mußten erfahren, daß..." in die Welt zu setzen, hättet Ihr sie anhand sämtlicher Euch zugänglicher Dokumente überprüfen müssen. Dürfen wir Euch daran erinnern, daß ein zentraler Vorwurf, der jahrelang vom Spartacusbund kolportiert worden ist, die lächerliche Behauptung war, die SL/U.S. sei ein an Gewerkschaftsarbeit völlig desinteressierter Kleinbürgerhaufen, der fast nur an Universitäten arbeitet. Inzwischen hat der Spartacusbund klammheimlich diesen Ladenhüter - weil zu offenkundig unverkäuflich - aus seinem Verleumdungsarsenal abstoßen müssen. Je weniger es sich der Spartacusbund leisten kann, aus dem Glashaus *seiner* „Gewerkschaftsarbeit" noch mit Steinen zu schmeißen, umso stinkend-unpolitischer werden seine Verleumdungen.

Kontaktadressen der internationalen Spartacist Tendenz

LIGUE TROTSKYSTE DE FRANCE
Le Bolchevik, BP 42109
F–75424 Paris cédex 09

SPARTACIST LEAGUE/BRITAIN
PO Box 185
GB–London, WC 1H 8JE

SPARTACIST LEAGUE OF AUSTRALIA/NEW ZEALAND
GPO Box 3473
Sydney, NSW, 2001, Australien

SPARTACIST LEAGUE/U.S.
P.O. Box 1377, GPO
New York, NY, 10001, USA

SPARTACIST STOCKHOLM
Spartacist Publishing Co.
c/o E. Davidson
Fack
S–102 60 Stockholm

TROTSKYIST LEAGUE OF CANADA
Box 6867, Station A
Toronto, Ontario, Kanada

TROTZKISTISCHE LIGA DEUTSCHLANDS
Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1

So hat er dann auch jüngst ein brandneues Stück Ramschware in Kommission genommen. Die iST kontrolliert den privaten Briefverkehr ihrer Mitglieder! Wir erwarten allerdings, daß unsere Mitglieder interessante politische Informationen ihren Genossen zugänglich machen. Daß wir uns über das hermachen, was sich Genossen privat zu sagen haben, ist schlicht und einfach eine infame Unterstellung, und wir fordern diejenigen, die solches publizieren, eindringlich auf. nochmals genau bei ihrem Lieferanten nachzufragen.

Für die Wiedergeburt der Vierten Internationale!

Bei einer Iran-Veranstaltung des Spartacusbundes im Juli in Berlin ließ sich der wahrscheinlich „dienstälteste" Vertreter dieser Organisation zu der Bemerkung hinreißen, wenn wir in Iran präsent wären, hätte man uns auf der Straße gelyncht – *und das zu Recht.* Wichtige r noch als die Verschmähung der Arbeiterdemokratie ist der politische Zynismus, der in dieser Bemerkung zutage tritt: der Unwillen wie die Unfähigkeit, gegen den Strom zu schwimmen. Marxisten sagen, *was ist,* und nicht, was die rückständige Masse hören will. Und das ist nicht ohne Gefahr. Deswegen wurden Luxemburg und Liebknecht „gelyncht", deswegen wurden bolschewistische Agitatoren unter den moslemischen Völkern der Sowjetunion ermordet, deswegen wurden die vietnamesischen Trotzkisten abgeschlachtet – deswegen war Lenins Leben während der Junitage 1917 in Gefahr. Es ist manchmal nicht einfach, die Wahrheit zu sagen – aber ohne die Wahrheit keine Revolution!

Dies ist für uns beim Aufbau einer demokratisch-zentralistischen internationalen Tendenz zentral. Der Spartacusbund will lieber mit faulen Kompromissen und viel „Diplomatie" Alliierte finden. Die jeweiligen Ergebnisse werden stets beim ersten Windstoß auseinandergeweht. Die „Notwendige Internationale Initiative", 1976 als Block zwischen dem Spartacusbund, der IKL, der italienischen Lega Comunista und der britischen International-Kommunist League entstanden, zerbrach nach einem knappen Jahr und brachte noch eine Spaltung des Spartacusbundes mit sich: die Lega Comunista führt eine parasitäre Existenz als ein Pendant der Mandelianer (was sie praktisch immer schon war), die I-CL wird zunehmend eine organische Fraktion in der Labour Party. Die gleiche Methodik machte den Spartacusbund auf nationaler Ebene zu einem Durchlauferhitzer für junge Menschen – darunter viele, die wirklich Kommunisten sein wollten. Vielleicht *drei Prozent* der Genossen, die einmal Mitglieder von KJO, IKD, BL oder Spartacusbund waren, sind noch in der Rumpforganisation tätig. Ein Rekord, mit dem die zentristischen Zombies des Spartacusbundes selbst die GIM hinter sich lassen. Unter vorgeblichen Trotzkisten dürften nur die politischen Banditen des healyistischen BSA diesen Rekord noch übertroffen haben.

Wir dagegen können eine andere Bilanz vorweisen – und im Grunde weiß der Spartacusbund das auch. Wir haben eine internationale kommunistische Tendenz mit beschränkten Kräften schaffen können, weil die internationale Spartacist Tendenz Prinzipienfestigkeit, programmatische Klarheit und Disziplin mit voller interner Demokratie verbindet. Ein CISNU-Mitglied, das uns kürzlich in Göttingen erklärte, unsere Position zu den Mullahs sei richtig, jetzt würden die linken Perser von den Mullah-Anhängern wie einst von der SAVAK bespitzelt, ist für uns nur eine kleine Bestätigung unserer Prinzipien. Die Wahrheit zu sagen: Das ist nicht die „einfachste" Weise, die Weltpartei des Proletariats wiederzuschmieden – es ist die *einzige* Weise.

Kommunistische Korrespondenz



Wovor hat der Spartacusbund Angst?

In den letzen Jahren ist die internationale Spartacist Tendenz (iST) Zielscheibe von umfangreichen Polemiken geworden. Die Verfasser reichen von den pseudotrotzkistischen Revisionisten der reformistischen Socialist Workers Party in den Vereinigten Staaten über die britischen Apologeten von Oberst Ghaddafi, der Workers Revolutionary Party von Gerry Healy, bis zu diversen nationalen zentristischen Grüppchen. Diese nicht unschmeichelhafte Aufmerksamkeit hat ihre Gründe. Die iST hat sich seit ihrer Gründung im Jahre 1974 in mehr als einem halben Dutzend

Antwort auf „Kritik zu Theorie und Praxis der iST" *(Ergebnisse & Perspektiven* Nr. 9)

Ländern auf drei Kontinenten ausgebreitet. Die Spartacist League (SL)/UJS. hat sich eine sichtbare und reale Präsenz in zentralen industriellen Gewerkschaften der Vereinigten Staaten erkämpft. Und die iST wird international zunehmend als *die* orthodox-trotzkistische Alternative zum reformistisch-zentristischen Block des „Vereinigten Sekretariats der IV. Internationale" anerkannt. Wie ein führender Genosse der iST in diesem Zusammenhang erwähnte, selbst wenn es eine linke Abspaltung aus einer konkurrierenden, vorgeblich trotzkistischen Organisation gibt, die wir *nicht* gewinnen, kassieren wir mindestens fünf Prozent ihrer Mitgliedschaft quasi als Provision.

Von den national isolierten pseudo-trotzkistischen Grüppchen, die Grund haben, uns zu hassen, steht das Gespann aus Spartacusbund und der österreichischen Internationalen Kommunistischen Liga (IKL) auf der Liste obenan. Der Spartacusbund mußte drei bürokratische Säuberungen durchführen, um seine Reihen von Trotzkisten zu befreien, die sich später der iST angeschlossen haben. Die österreichische Schwesterorganisation des Spartacusbund-Vorläufers Spartacus-BL ist samt Umkreis zur iST gegangen, und seinen gegenwärtigen Partner im deutschsprachigen Raum, die IKL, spalteten wir schon im Keime. Polarisiert durch die scharfe Auseinandersetzung zwischen trotzkistischer Politik und dem Zentrismus seiner Führung wurde der Spartacusbund zusätzlich durch den Austritt mehrerer *rechter* Fraktionen dezimiert. Wir möchten wetten, daß zwei- oder dreimal so viele Genossen, die 1969 und 1970 – während der Gründungsphase – in den Vorläufern des Spartacusbundes (KJO,IKD, Gruppe Roter Anfang) Mitglied waren, gegenwärtig in der Trotzkistischen Liga Deutschlands (TLD) aktiv sind als in seinen eigenen Reihen. Was will der Spartacusbund mit einer Enzyklopädie zur iST (nachdem er seit seiner Entstehung offenen politischen Auseinandersetzungen mit uns möglichst aus dem Weg gegangen ist)? Aus der mehr als 20 Seiten umfassenden Polemik in *Ergebnisse & Perspektiven (E & P)* Nr. 9 wäre kaum eine einzige treffende Schlußfolgerung über die politischen Positionen der iST möglich. Auch hier ist der Zentrismus des Spartacusbundes „kristallisierte Konfusion". Deswegen benutzen wir diesen Anlaß, um neun Punkte zu veröffentlichen, die in einer Rede des Nationalvorsitzenden der SL/U.S., James Robertson, 1976 als zentral für eine Umgruppierung im trotzkistischen und vorgeblich trotzkistischen Milieu dargelegt worden sind:

„– Keine politische oder Wahlunterstützung für Volksfronten; für bedingte Opposition gegen Arbeiterparteien in offenen oder impliziten klassenkollaborationistischen Koalitionen;
– Haltet die trotzkistische Theorie der permanenten Revolution aufrecht; für proletarische Führung des nationalen/sozialen Kampfes;
— Für militärische Unterstützung kleinbürgerlich nationalistischer Kräfte, wenn sie gegen den Imperialismus kämpfen, aber keine politische Unterstützung solcher Kräfte; für trotzkistische Parteien in jedem Land;
– Für die bedingungslose Verteidigung aller deformierten/degenerierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus; für politische Revolution gegen die Bürokratien; keine politische Unterstützung konkurrierender stalinistischer Cliquen und Fraktionen;
– Gegen Gewaltanwendung innerhalb der Arbeiterbewegung;
– für kommunistische Fraktionen in den Gewerkschaften, basierend auf dem Übergangsprogramm;
— für die kommunistische Taktik der Einheitsfront von oben; für die Taktik der Umgruppierung, um subjektiv-revolutionäre Militante in der Avantgardepartei zu vereinigen; für die unversöhnliche Entlarvung des Zentrismus;
— Zurückweisung der Ansprüche vorgeblich trotzkistischer Internationalen, für die Vierte Internationale, die 1951-53 vom Pabloismus zerstört wurde, zu sprechen;
— Für die Wiederschmiedung einer demokratisch-zentralistischen Vierten Internationale, die unentwegt bis zur Errichtung der proletarischen Diktatur kämpfen wird" *(Workers Vanguard* Nr. 143,4. Februar 1977).

Der Spartacusbund vertritt entgegengesetzte Positionen in fast allen Fragen: er gibt Volksfronten „kritische" Unterstützung; er läuft kleinbürgerlich-nationalistischen Bewegungen in der Dritten Welt hinterher; er kneift vor der Frage der bedingungslosen Verteidigung der Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus; Gewerkschaftsarbeit kann er sich nur auf einem Minimalprogramm vorstellen; statt Einheitsfrontpolitik watet er mit Vorliebe in Propagandasümpfen; und seine „Praxis" im Aufbau einer internationalen Tendenz ist eine Geschichte von Dezentralismus, Manövern, faulem Paktieren und rapidem Verfall.

Warum veröffentlicht der Spartacusbund gerade jetzt ein kleines Buch gegen die iST, *nachdem* diese Organisation so

Fortgesetzt auf Seite 15